

SOZIALISTISCHE Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1



Brünings Pfingstgeschenk Was die neue Notverordnung bringen soll

20 Prozent Kürzung aller Arbeitslosen-Unterstützungen
Kürzung der Invalidenrenten um 7 RM
Kürzung der Witwenrenten um 5 RM
Kürzung der Waisenrenten um 4 RM
Krisensteuer für Beamte
Verdoppelung der Bürgersteuer

Das alles soll die neue, noch im Vorbereitungsstadium befindliche Notverordnung bringen, deren Bekanntgabe — offenbar um den Pfingstfrieden nicht zu stören — bis nach den Festtagen zurückgestellt worden ist. Angeblich soll im Kabinett selber noch keine volle Einmütigkeit darüber zustande gekommen sein. Vor allem sollen vom Reichsarbeitsministerium aus Widerstände bereitet werden, weil Stegerwald offenbar nicht ohne Grund befürchtet, daß er der Arbeiter-Gefolgschaft des Zentrums die Notwendigkeit solcher Maßnahmen nicht überzeugend darzulegen vermöge.

Doch man weiß aus Erfahrung, was von diesen „Widerständen“ zu halten ist. An ihnen ist noch nie ein Raubzug auf die Taschen

des Proletariats geschäftert. Nur eine Macht kann sich der Durchsetzung dieser neuen unerhörten „Attentatspläne“ wirksam entgegenstellen.

die zum Kampf bereite Arbeiterklasse.

Viel zu lang hat diese schon Geduld geübt und die Zumutungen der herrschenden Klasse ertragen. Jedesmal mit demselben Ergebnis: die Bourgeoisie schöpft aus jedem Nachgeben den Mut, die Arbeiterschaft neuen Bedrohungen ihrer nackten Existenz auszusetzen. Jetzt gilt es darum, der Bourgeoisie ein proletarisches Paroli zu bieten, jetzt darf sich die Arbeiterklasse nicht mehr auf Proteste beschränken, sondern jetzt muß sie handeln, muß es um so mehr, als der mit dieser

neuen Notverordnung geplante Schlag vornehmlich die ärgsten Opfer des Kapitalismus treffen soll, die Arbeitslosen, die Invaliden, die Sozialrentner. Ihnen muß die beschäftigte Arbeiterschaft zur Seite stehen, aus Klassensolidarität, aber auch im eigenen Interesse.

Diese Notverordnung darf nicht durchgeführt werden.

Soll dies aber geschehen, dann ist notwendig, daß alle Organisationen der Arbeiterklasse sich sofort in diesem gemeinsamen Entschluß, sich zusammenzufinden und dem Bürgertum eine geschlossene Phalanx des Proletariats entgegenzustellen, wie dies auch der Aufruf der SAP angeregt hat, dann in die und vor allem notwendig, daß die Freien Gewerkschaften endlich begreifen, daß nicht Geduld, sondern nur Kampf die Arbeiterklasse vor weiterer Verelendung zu bewahren vermag.

Noch steht die Arbeiterklasse mit ungebrochener Stärke da, noch ist sie ein Riese, der keine Macht zu scheuen hat. Es gilt ihn zu wecken!

SPD in der Katastrophenfront

Von August Siemsen

Die Reichstagstagung, die so sanft und friedlich begonnen hatte, daß ein erstauntes Raunen durch den Blätterwald ging, stand bei ihrem plötzlichen Abschluß im Zeichen des Fememörders Heines. Sie endete mit einem feigen Ueberfall der neuen deutschen Adelsmenschchen auf einen Journalisten, mit Polizeiaktion und wüsten Radauszügen. Und Herr Gregor Strasser fand sich vom ungewohnten Blasen der Friedensschalmei zu seinem wahren Wesen zurück: die deutsche Faust ins Gesicht des wehrlosen, von seinen wackeren Pgs. zu Boden geschlagenen Gegners.

Aber wenn auch die Gegensätze sich am Donnerstag bis zur Siedehitze gesteigert haben und der Reichstag im Tumult auseinandergegangen ist, sein wichtigstes Ergebnis ist doch, daß sich mit erschreckender Deutlichkeit herausstellte, wie stark die alte, wohlbekannte Einheitsfront vom 4. August 1914 und vom Ruhrkrieg heute wieder vorhanden ist.

Herr Brüning, der im November 1918 die Revolution gewaltsam niederschlagen wollte, ist der würdige Repräsentant dieser nationalistischen Einheitsfront. Man kann nur staunen über das Maß von Verblendung oder von Skrupellosigkeit, das aus seinen Reden vom 8. und 11. Mai spricht. Glaubt er wirklich, die Situation sei so, daß er durch kaum verhüllte Drohungen die Forderungen auf endgültige Steichung der Reparationszahlungen und auf Rüstungsgleichheit in Lausanne durchsetzen könne? Ist sein Vertrauen auf Mussolini und Grandi so groß oder verläßt er sich trotz aller trüben Erfahrungen so sehr auf des imperialistischen Englands Hilfe, oder glaubt er mit der Anlehnung Hindenburg-Deutschlands an Sowjetrußland so erfolgreich drohen zu können, daß er meint, er brauche nur „die letzten hundert Meter vor dem Ziel“ nicht die Nerven zu verlieren? Schätzt er im Ernst die außenpolitische Situation so ein, daß er meint, auf diese Weise den französischen Imperialismus „auf die Knie zwingen“ zu können, um ein geradezu wahnsinniges Wort der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu zitieren? Wenn das der Fall ist,

dann hätte ein Reichstag, der kein Scheinparlament wäre, einen solchen Kanzler zum Teufel jagen müssen, damit er keinen Tag länger die Gelegenheit hat, die Werkstätten Deutschlands den Weg des Verderbens weiter zu führen.

Statt dessen hat Brüning die freudige Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden, während die Nazis und erst recht die Hugenberger noch schärfere Töne wünschten. Die Nazis haben ihre Erziehungsarbeit zum unbändigen Wehr- und Freiheitswillen erfolgreich geleistet. Daß die imperialistischen „Tribute“ allein oder in erster Linie schuld sind an unserem Elend, ist schon zum sinnlos nachgebeteten Glaubenssatz geworden. Und man verlangt vom imperialistischen Frankreich als Selbstverständlichkeit, daß es einem nationalistisch-aufgehetzten Hindenburg-Deutschland alle Forderungen erfülle, die der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus dienen. Es herrscht die gleiche Psychose, wie im August 1914 und im Ruhrkrieg 1923. Kaum irgendwo erhebt sich noch die Stimme der Vernunft. Und der Zentrumsführer Dr. Bell wurde der Stimmung dieses famosen Reichstags durchaus gerecht, wenn er die Erinnerung an den herrlichen 4. August 1914 heraufbeschwor.

Ich habe in meiner Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß Herr Bell nur vergessen hat, von den Folgen dieses 4. August 1914 zu reden. Massenmord und Massenelend werden diesen frommen katholischen Christen allerdings nicht schrecken. Aber am Ende stand der Novemberzusammenbruch, stand der „Schmachfrieden“. Und kann ein nüchterner Mensch im Ernst glauben, daß am Ende der Vabanquepolitik, der von diesem Reichstag unterstützten Politik des Herrn Brüning etwas anderes stehen kann als eine neue furchtbare Katastrophe?

Was aber die Situation so besonders bedrohlich und fast hoffnungslos erscheinen läßt, das ist die erschütternde Tatsache, daß wir

die deutsche Sozialdemokratie in der gleichen nationalen und das heißt in der gleichen Katastrophenfront finden wie im Weltkrieg und im Ruhrkrieg. Sie ist nicht nur bei der Präsidentenwahl aufs neue zu Hindenburg gegangen. Wenn Herr Bell darauf hinwies, daß am 4. August 1914 die Einheitsfront über alle Klassengegensätze hinweg sich gebildet habe, so gilt das auch heute. Immer wieder stellte die SPD gegenüber Angriffen der Nazis ihre unbedingte nationale Zuverlässigkeit unter Beweis. Kein Vorwurf trifft die sozialdemokratische Fraktion so stark, keiner führt zu solch spontaner Empörung, als der, daß sie im Kriege nicht ihre „Pflicht“ getan habe oder in einem kommenden Kriege nicht ihre „Pflicht“ tun würde. Und wenn ausgerechnet Hilferding solche Vorwürfe mit Entrüstung zurückwies, so ist das Beweis dafür, daß es in der Sozialdemokratischen Fraktion so gut wie keine Opposition mehr gegen den nationalistischen Kurs gibt.

In diesem Zusammenhang wird es auch verständlich, daß Herr Groener für das Reichsbanner eingetreten ist. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reichsbannerführung hinlängliche Garantien für die nationale Zuverlässigkeit des Reichsbanners gegeben hat, d. h. dafür, daß die Regierung sich unbedingt auf das Reichsbanner verlassen kann. Vor allem spricht dafür das Eintreten für den Arbeitsdienst und die Ertüchtigung der Jugend im Sinne des Herrn Groener.

So haben wir wieder trotz aller sonstigen Gegensätze eine nationale Einheitsfront, die trotz aller Nuancen doch die deutsche Sozialdemokratie einschließt. Nach dem Weltkrieg und dem Ruhrkrieg zum dritten Mal dieser Einsatz in der Katastrophenfront der Klassengegnerentscheidender Stunde! Der Fall scheint hoffnungslos zu sein. Um so verhängnisvoller ist es, daß auch die KPD

trotz entgegengesetzten Ausgangspunktes und entgegengesetzten Zieles mit ihren nationalboltschewistischen Parolen keinen Damr gegen die Katastrophenpolitik des deutschen Monopol-Kapitalismus und Militarismus bildet.

Um so mehr ist es die vordringliche geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei, die nationale Phrase und die nationalistische Politik in ihrer innigen Verbundenheit mit dem Kapitalismus und dem Faschismus zu entlarven und treu den Lehren von Karl Marx, treu dem Vermächtnis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Arbeiterklasse aufzurufen zum unbedingten Kampf gegen die Katastrophenpolitik und Kriegshetzer. Die Situation ist ungeheuer ernst. Die kommenden Ereignisse müssen uns gerüstet finden.

Geheimrat Kahl gestorben

Am Sonnabend verstarb im Alter von 83 Jahren der bekannte Strafrechtslehrer Professor Dr. Kahl. Er hat sich besonders als langjähriger Vorsitzender des Reichstagsausschusses zur Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches einen Namen gemacht. Als Mitglied und Reichstagsabgeordneter der Volkspartei vertrat er selbstverständlich rückhaltslos die kapitalistische „Rechts“-Auffassung.

Nazi-Dr. Ley vor Gericht

In Köln begann am Sonnabend der Prozeß gegen den Naziabgeordneten Dr. Ley und seinen Chauffeur Fuchs, die in der Nacht zum 28. April, einen Tag vor der Wahl, den SPD-Führer Wels und den Kölner Polizeipräsidenten Bauknecht im Hotel überfallen und niedergeschlagen haben. Wels und Bauknecht sind als Nebenkläger zugelassen.

Groeners Pfingsturlaub und „Pfingstpanne“

Groener ist vom Rumpf-Kabinett auf Pfingsturlaub geschickt —, er wird nicht wiederkehren . . .

Die Pfingstpause verschleiert etwas den wahren Zustand des restlichen Wracks der Brüning-Regierung. Die jetzt plötzlich als „schwächste Regierung seit 1918“ gekennzeichnet wird, nachdem Brüning noch vor wenigen Tagen ein „eiserner Kanzler“ war.

Um so klarer treten jetzt die Einzelheiten der Manöver hervor, die den „eisernen Kanzler“ zur Kapitulation zwangen, die mit der Preisgabe Groeners anfang und mit dem eigenen Sturz enden wird. Groeners Rücktritt, das steht jetzt fest, wurde durch eine regelrechte Generalkonferenz der Reichswehrspitzen in Berlin erzwungen. Die unentwegten Demokraten mühen über die Militärdiktatur Jommern, die Militärdiktatur ist da. Auch die übrigen Spitzen der Bürokratie sind



Groener wird für den Urlaub fertiggemacht.

nicht mehr zuverlässig. Als man Strasser im Reichstag verhaften wollte, meldet die „Frankfurter Zeitung“, weigerte sich der Kammerdirektor Galle, ihn dem Polizeikommando, das ihn abholen sollte, zu bezeichnen. „Die nicht zustande gekommene Festnahme könnte schwerlich durch die ungewöhnliche Situation als geklärt angesehen werden.“ Schwerlich? — Auch sie geklärt. Es ist die ungewöhnliche Situation, die einzutreten pflegt, wenn die Macht auf neue Männer übergeht und der Apparat der alten, der bisherigen Macht, bereits den Gehorsam zu verweigern beginnt. Noch eine stolze Säule, das Severingsche Innenministerium wird stürzen am 24. Mai, beim Zusammentritt des preußischen Landtages. Es gilt in Deutschland und im Ausland schon als abgemachte Sache, daß in spätestens sechs Wochen im Reich und in Preußen die Nationalsozialisten mitregieren mit Brüning oder ohne Brüning.

Es gibt nur noch eine Zeitung, die daran zu zweifeln vorgibt — der „Vorwärts“ und nur noch eine Partei, die ihre Mitglieder in voller Abnungslosigkeit zu halten sucht — die Sozialdemokratische Partei. Schon in der kommenden Woche wird die Ergänzung des Brüning-Kabinetts zur weiteren Klärung beitragen. Militäreliten und Faschisten fühlen sich bereits so stark, daß der intrigante Führer der Generalkamarilla, Schleicher, abgelehnt hat, überhaupt noch in das Brüningkabinett einzutreten.

Stillehalteabkommen für Oesterreich?

TU. Wien, 13. Mai 1932.

Der geschäftsführende Bundeskanzler Dr. Buresch teilte am Freitag den Vertretern der vier Hauptmächte, Deutschland, England, Italien und Frankreich mit, daß die österreichische Regierung in einem längeren Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes den Bund um seinen Rat hinsichtlich der finanziellen Lage Oesterreichs ersucht. Das Schreiben dürfte wohl die Erzielung einer Art Stillehalteabkommen bzw. eine dahingehende Empfehlung des Völkerbundes bezwecken.

U. a. wird in dem Schreiben gesagt, daß die Devisenlage Oesterreichs zu neuen Entscheidungen drängt. Es werden zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt: Nämlich die Einstellung der Zahlung von Devisen für den auswärtigen Schuldendienst und der Verbrauch der vorhandenen Devisenvorräte. Die österreichische Regierung sei sich darüber klar, daß die Einstellung der Zuteilung von Devisen für den auswärtigen Schuldendienst nachteilige Folgen für das finanzielle Ansehen Oesterreichs haben könnte, wenn nicht die maßgebenden Stellen, insbesondere der Völkerbund, eine solche Maßnahme als gerechtfertigt anerkennen.

Einheitsfront wächst rund um Berlin

Und in Berlin . . . ?

In der Umgebung von Berlin, in den Vorstädten, wächst der Wille zur proletarischen Einheitsfront. Nach der einheitlichen Kundgebung in Teltow und nach der gemeinsamen Kundgebung von SPD und KPD in Bernau ist nun auch in Oranienburg bei Berlin und in Erkner die antifaschistische Front im Wachsen. In Oranienburg hatten zu einer überfüllten Massenkundgebung die SPD, die KPD, der ADGB-Ortsausschuß, das rote Kartell und die Linken Kommunisten einberufen. Es wurde beschlossen, gemeinsame Schutzstaffeln aller Arbeiter zu bilden und eine große Einheitskonferenz gegen den Faschismus einzuberufen.

Nach einem Bericht der „Roten Fahne“ fand jetzt auch in Werlasee bei Erkner eine machtvolle antifaschistische Protestkundgebung statt. Sie war einberufen vom Kampfausschuß gegen den Faschismus, in dem alle proletarischen Organisationen, SPD, Reichsbanner, Turner, SAJ, Invalide KPD, Kampfbund, Jungbanner, KJV angeschlossen sind. Der Kampfausschuß war die Antwort auf einen feigen Überfall von Nazis am Himmelfahrtstag im benachbarten Fangschlause. Die Kundgebung war von Hunderten von Arbeitern besucht. Unter den Losungen „Es lebe die rote Einheitsfront gegen den Faschismus“, marschierten die Arbeiter unter dem Jubel der werktätigen Bevölkerung durch die Ortschaft. Es wurde ein antifaschistisches Kampfkomitee mit je einem SPD- und KPD-Genossen als Vorsitzende gebildet.

Während dieser ersten Schritte zum gemeinsamen Kampf rund um Berlin, stehen die Arbeiter Berlins noch abseits. Je näher die

Zentralen der großen Organisationen, desto weiter von der Vernunft, muß man leider sagen. Der „Vorwärts“, der sich völlig über die katastrophale Zuspitzung der politischen Lage ausschweift, findet es für nötig, eine auffällig aufgemachte Warnung „Augen auf!“ zu veröffentlichen: „. . . Mißtraue denen, die sich an euch heranschleichen und Streit in eure Reihen zu tragen.“ Sie kann nur gegen die Kommunisten gerichtet sein. Gegen die wirklichen Schleicher der Konterrevolution kein Wort. Dafür Warnung vor „kommunistischen Zersetzungstendenzen“. Die kommunistischen Dummköpfe und die Sektlererei werden nur überwunden werden, wenn man den reformistischen Bonzen nicht weiter erlaubt, den ehrlichen Willen zur Einheitsfront der kommunistischen Arbeiter zurückzustoßen und dafür mit Brüning weiter zum Bankrott zu führen.

Auf den Aufruf der SAP zur Bildung des Arbeiterblockes haben weder KPD- noch SPD-Führung mit einem Wort geantwortet. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei werden in den Betrieben, den Stempelstellen und Organisationen im Sinne des Aufrufes um so hartnäckiger und energischer einreten.

„Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren PG-Arbeitgebern zu zerstreuen.“

(Aus den vertraulichen Richtlinien der nationalsozialistischen Reichsbetriebszellen-Abteilung, der ORG, Abt. 1, München, Karlstraße 14, für Gau- und Betriebsleiter.)

Arbeiter, denkt daran, wenn jetzt schwere Wirtschaftskämpfe sind, jagt die Kapitalistenknechte aus den Betrieben!

Kriegshetzer am Werk

Während der Reichskanzler Brüning wenigstens den Mut aufbrachte, in einem kürzlich vor dem Verband der auswärtigen Presse gehaltenen Vortrag das Gerücht, wonach Polen einen Handstreich auf Danzig geplant habe, als grundlos zu bezeichnen, wärmt jetzt die Landesgruppe Danzig des Alldeutschen Verbandes das Gerücht wieder auf und stellt fest, „daß alle militärischen Maßnahmen Polens im Korridor-Gebiet nur in verschleierte Art in Danzig in den letzten Wochen bis in die jüngste Zeit hinein ganz zweifellos als Anzeichen einer aktiven Bedrohung Danzigs und auch Ostpreußens angesehen werden mußten“.

Ein Eingehen auf diese Kundgebung würde sich schon angesichts der Verfasser, für die die Polenhetze zum Beruf geworden ist, erübrigen, und wir würden diese „Feststellungen“ auch mit keinem Worte erwähnen, wären sie nur ein Einzelfall. Tatsache ist aber, daß hinter all diesen Gefahrengerüchten aus dem Osten ein System steht. Es ist auch unverkennbar, daß man sich planmäßig zwischen dem Osten und Berlin gegenseitig die Bälle zuwirft, denn jedes Gerücht, das in Danzig oder sonstwo fabriziert wird, gibt jeweils den Hetzern in Berlin Veranlassung, ihrerseits wieder die Gemüter bis zu dem gebührenden Hitzeegrad zu erwärmen.

Charakteristisch hierfür ist ein von der deutschnationalen Reichstagsfraktion im Parlament eingebrachter Antrag, demzufolge die Reichsregierung sofort internationale Schritte unternehmen soll,

1. um Danzigs Schutz gegen die Bedrohung durch Polen zu sichern,
2. das Memelland auf Grund des Selbstbestimmungsrechts zum Reich zurückzuführen, und
3. grundsätzlich die Revision der Ostgrenzen einzuleiten.

Wie man sieht, legen die Deutschnationalen auf die Zier der Bescheidenheit keinen Wert. Was sie fordern ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine vollkommene Neugestaltung der Grenzziehung im Osten, und da dies mit friedlichen Mitteln nicht zu erreichen ist, so kann der Antrag der Deutschnationalen nur den Zweck verfolgen, die Reichsregierung auf den Weg der Gewalt zu drängen.

Auch das brauchte noch nicht unbedingt beunruhigend zu sein, hätte man nicht allen Grund zu der Annahme, daß es in den Kreisen um Brüning keines sehr großen Druckes mehr bedarf, um die deutsche Außenpolitik dorthin zu leiten, wo sie die Deutschnationalen haben wollen. Nicht zuletzt ist es ja diese Gewißheit hinsichtlich der Bereitschaft Brünings zu solcher „aktiver“ Außenpolitik, die ihm bis

her das Los des Reichswehrministers Gröner erspart hat. Jedenfalls hat der deutschnationale Antrag das Verdienst, auf Gefahren hingewiesen zu haben, die der deutschen Bevölkerung weniger von den Polen, als von den deutschen nationalistischen Hetzern drohen.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann der deutsche Imperialismus den Versuch machen wird, die Tore im Osten mit Gewalt aufzubrechen.

Auch diese Vorgänge müßten darum für die deutsche Arbeiterklasse dringende Veranlassung sein, sich zur Abwehr zu rüsten und sich über alle inneren Gegensätze hinweg die Hand reichen, da nur der geschlossene Widerstand des Proletariats den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern vermag.

Neue Landesverratshetze

Acht sozialistische Studenten in Hamburg verhaftet

Hamburg, 14. Mai.

In den Zeitungen eines der Deutschen Volkspartei nächstehenden Verlages erscheint heute in großer Aufmachung die Mitteilung, daß 8 linksradikale Studenten verhaftet und bei ihnen Haussuchungen vorgenommen wurden. Auch in der „Sozialistischen Buchhandlung“ und im Parteibüro der SAP wurden Haussuchungen vorgenommen. Während die Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder sich in tiefes Schweigen hüllt und die Hamburger Presse (auch die der SPD) nicht informiert zu sein scheint, ist man bezeichnenderweise bei den Hamburger Koalitionsfreunden der SPD, bei der Volkspartei, anscheinend sehr gut unterrichtet. Das „Mitteblatt“ berichtet, daß ein „Mitglied der SAP, der Genosse Bobzien, auf frischer Tat ertappt wurde, wie er eines der Flugblätter an die Wand zu heften versuchte“. Die Flugblätter sollen „phantastische Gerüchte“ enthalten, „die geeignet sind, das Deutsche Reich schwer zu schädigen“. Sollte in diesen Flugblättern vielleicht von der Hamburger Vorbereitung der Groenerschen Sportorganisationen die Rede sein, die dort

Brüning-Ultimatum und sein Echo

Kurz vor der Lausanner Konferenz, die für Mitte Juni einberufen ist, erhebt sich auf das Brüning-Ultimatum und den verkappten Staatsstreich der Generäle in Deutschland das unvermeidliche Echo bei den imperialistischen Gegnern. Im englischen Unterhaus meldete sich Lord Churchill, der Führer der Diehards, und beantwortet die Brüningche Forderung der Gleichberechtigung Deutschlands zur Aufrüstung mit der dezidierten Erklärung, eine Annäherung der militärischen Stärkeverhältnisse Frankreichs und Deutschlands komme nicht in Frage. „Diejenigen, die eine solche Rüstungsgleichheit ins Auge fassen, frage ich, wollen sie den Krieg? Ich hoffe aufrichtig, daß eine Gleichheit weder solange ich lebe noch solange meine Kinder leben, Tatsache wird.“ Das französische Heer sei „die Hauptstütze des Friedens“. Churchill ist zwar nicht in der Regierung, aber der von ihm geführte Flügel der konservativen Regierungspartei hat auf sie entscheidenden Einfluß.

In Frankreich ist das Echo noch drohender. Brüning habe die Maske fallen lassen, schreibt der „Temps“, das Organ des Außenministeriums. Rüstungsgleichheit und Streichung der Reparationen als Forderungen verborgen nur den Appetit auf Danzig, Oberschlesien und die Wiedererlangung der Kolonien. Heute handelt es sich nicht um Verhandlungen, sondern um ein Ultimatum, das Berlin an die Welt und insbesondere an Frankreich richtet, schreibt das „Journal des Debats“. In Deutschland vollziehe sich eine Umformung, der entschlossener Widerstand entgegenzusetzen sei. Die kommende Herriot-Regierung wird gerade als „Linksregierung, das bestätigen auch die bisherigen Erklärungen von Herriot, es an diesem Widerstand nicht fehlen lassen.“

Die Prager Presse verweist darauf, daß schon einmal die Lausanner Konferenz verlagert wurde und sie erinnert an das Brüningche Zollunion-Abenteuer. Die italienische Presse schweigt sich in allen Tonarten aus.

Schlechte Aussichten für Herrn Brüning, von Lausanne, wie angekündigt, siegreich heimzukehren; gute Aussichten für die nationalistische Meute, die faschistischen Nachfolger Brünings — Katastrophenperspektive für das werktätige Volk in Deutschland!

Strafantrag gegen Goebbels

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Während der vorgestrigen Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels: „Da kommt das jüdische Schwein, der Weiß, hier herein und provoziert uns durch seine Anwesenheit.“ Wegen dieser beleidigenden Äußerung, für die sich Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien als Zeugen zur Verfügung gestellt haben, hat der Polizeivizepräsident Strafantrag gegen Dr. Goebbels gestellt.“

gemeinsam von Nazis, Volkspartei und SPD!!! betrieben wird?

Was ist daran „Landesverrat“?!

Die Justiz scheint drauf und dran zu sein, am Tage des Haftantritts von Carl von Ossietzky in Hamburg einen neuen Parallelfall konstruieren zu wollen. Wir kommen auf die reichlich mysteriöse Angelegenheit noch zurück.

Nach dem Pressebericht sind 7 von den Studenten-Genossen bereits aus der Haft wieder entlassen, der Genosse Bobzien aber in Haft behalten worden.

Wir fordern die sofortige Freilassung des Genossen Bobzien und eine öffentliche Rechtfertigung der Kriminalpolizei über die Gründe der Verhaftung! Wir geben uns mit einer einfachen unbegründeten Mitteilung über „Verbreitung landesverräterischer Flugblätter“ nicht zufrieden.

Wirtschaftskrise im Eismeer

Aus allen Poren schmutz- und bluttriefend kam nach Karl Marx der Kapitalismus zur Welt, verheerend, Millionen Existenzen in den Abgrund reißend, begann er seinen Marsch auf der absteigenden Linie. Allüberall, wo er die Menschen in die Fesseln seiner Profitordnung schlug, ist Not und Elend eingezogen, hungern die Proletarier bei überfüllten Scheuern und Warenmagazinen, darben Arbeitslose auf brachliegenden Aekern, neben stillstehenden Fabriken, frieren die Menschen über den Kohlenruben. Ueberfluß und Mangel in einem Raum — das ist die bürgerliche „Ordnung“.

Selbst in den entlegensten Winkeln der Welt, wo in vorkapitalistischer Zeit die Völker in Wohlstand und Ueberfluß lebten, hat die Profitordnung die hohen und reichen Kulturen zerstört, die Menschen degeneriert, zu Sklaven und Parias gemacht. In Kanada und Argentinien hungern die Massen, weil es zuviel Weizen und Fleisch, in Brasilien und Westindien, weil es zuviel Kaffee und Baumwolle gibt; auf Java, Borneo, Sumatra, Celeben, auf den Antillen und in Mexiko, auf Cuba und Haiti, auf allen diesen vom Pflhorn der Natur so verschwenderisch gesegneten tropischen Eilanden wechselt eine Hungerrevolte die andere ab; auf den Lofoten am nördlichen Eismeer rebellieren die Arbeitslosen, weil es dort zuviel Fische und Lebertran gibt.

Ein einziges Wirtschaftszweiggebiet schien bisher — neben der Sarg- und der Tuberkulosemittelindustrie — allen Marktschwankungen zum Trotz von der Weltwirtschaftskrise unberührt: die Walfischindustrie. Seit 1868, seitdem sich dieser Wirtschaftsbetrieb moderner Fang- und Verarbeitungsmethoden bedient, gab es hier nur einen geradlinigen Aufstieg. Ursprünglich fand der Walfischtran, das minderwertigste aller Fette, nur als Stiefelschmiere und Pferdegeschirrfett Verwendung und später in der Seifenproduktion. Früher stellte man an das Fett für Seifen höhere Ansprüche. Noch vor zwei Jahrzehnten wurde jede Beimischung zu Lebensmitteln als Nahrungsmittelfälschung bestraft. Erst als das Walfang-Kapital sich durch seine Riesengewinne zur Weltwirtschaftsmacht emporgeschwungen hatte, erzwang es die Verwendung des Trans als Rohstoff für den Nahrungsmittlersatz Margarine. Und jemeher der Kapitalismus die Menschheit proletarierte und die Proletarier verelendete, desto mehr blühte der Weizen des Walfang-Kapitals. Als getreuer Gradmesser des modernen Monopolkapitalismus, der die Kaufkraft der Proletarier in steigendem Ausmaß für vollwertige Nahrungsmittel zerstörte und ihr Lebensniveau auf das des Hundes herabdrückte und sie zum Konsum von Margarine zwang, konnte das Walfang-Kapital in den letzten Jahren immer mehr als das gesamte Aktienkapital an Dividende ausschütten.

Eine nette Illustration der kapitalistischen Ordnung liefert, ungewollt, die unlängst erschienene „International Whaling Statistics II“, Oslo, herausgegeben vom Komitee für Walfang-Statistik, das von der norwegischen Regierung eingesetzt wurde. Es wurden im Fangjahr 1930 37 674 Wale gefangen gegen 27 896 im Jahre 1929 und 23 524 im Jahre 1928. Die Walölproduktion betrug 1930 2,80 Millionen Faß gegen 1,89 bzw. 1,32 Millionen Faß in den Vorjahren. Im Jahre 1931, das von der Statistik noch nicht erfaßt ist, ist der Fang weiter gestiegen. Die Ölproduktion stieg nämlich auf 3,68 Millionen Faß, wie die norwegische Presse inzwischen mitteilte. Und in diesem Jahre, dessen Fangperiode schon begonnen haben sollte, ist der Fang vollständig eingestellt! Aus dem Vorjahre ist der Großteil des Oels noch unverkauft, und zudem hat der Lever-Konzern mitgeteilt, daß er in diesem Jahr kein Öl zu kaufen gedenke. Der Lever-Konzern, das ist das große englische Seifen- und Margarine-Unternehmen, das die Seifen- und Margarineproduktion fast der ganzen Welt beherrscht, auch den holländischen Trust, dessen Tran-

produkte die deutschen Proletarier zu konsumieren gezwungen sind oder richtiger waren. Denn das ist ja die Tragödie, daß die Proletarier heute nicht mal mehr dies erbärmliche Ersatzprodukt kaufen können. Von der Seife ganz zu schweigen.

Etwas voreilig, bevor der Lever-Konzern sein Diktat nach Norwegen schickte und mit einem Brief die Tausende von Walfangarbeitern aufs Pflaster warf, für ein Jahr, aber die meisten länger, hat der Sekretär der Norwegischen Walfang-Vereinigung die Profite der Walfang-Gesellschaft bekanntgegeben. Sie betragen in der Periode 1909—1914 jährlich 20 Millionen Kronen, 1915—1919 etwa 32, 1920—1924 etwa 48, 1925—1928 etwa 72, 1929—1931 etwa 130 Millionen Kronen. Das gesamte Aktienkapital aber betrug Ende 1931 nur 80 Millionen Kronen! Also etwa 185 Prozent Dividende, das ist ein Geschäft! Das Verhältnis der Dividende zum Aktienkapital ist in den angegebenen Zeiträumen dasselbe gewesen wie 1931; das Aktienkapital stieg mit den Dividenden in demselben Maße, wie das Weltproletariat verelendete und Tran-Margarine essen mußte und das Walfang-Kapital seine Arbeiter auspowerte.

Der Wal ist das größte lebende Säugetier, das sich aus vorgeschichtlicher Zeit in die Gegenwart hinüberrettete. Es sind ausgewachsene Exemplare von über 35 Meter Länge und bis zu 400 Zentner (20 000 Kilo) eingebracht worden. Das Tier ist die Jahrmillionen

in seinem Zustande erhalten geblieben, weil es sich frühzeitig ans Wasser gewöhnte und Körper und Lebensgewohnheit diesem anpaßte. Zur Entwicklung lagen keine zwingenden Ursachen vor, weil es als größter Meerbewohner wohl genügend Nahrung, aber keine ihm ebenbürtigen Feinde hatte.

In der Zeit des industriellen Kapitalismus ist alles getan worden, das Tier auszurotten. Die Jagdmethoden steigerten sich mit der fortschreitenden Technik zu den abcheulichsten Martern und die Fangdampfer wurden immer größer und schneller. Seit vielen Jahren schon sind es schwimmende Fabriken mit höchster Technik und rationalisierten Arbeitsmethoden. In weniger als einer Stunde ist das eingebrachte Tier in gereinigtes Öl und Düngstoffe verwandelt und in etwas verfeuert. Die Methoden der Tötung grenzen in ihrer Perfide an die neuzeitlichen Kriege des Kapitalismus gegen die Menschen. Mittels Kanone wird dem Tier eine Harpune in den Leib gejagt, die mit einer Schwimmbombe versehen ist, damit es nicht untergehen oder flüchten kann. Es wird dann, nach vielen Stunden oder Tagen, wenn es genügend geschwächt und verblutet und an die Oberfläche gekommen ist, bei lebendigem Leib auf dem Wasser zerstückelt und an Bord gebracht.

Daß der Wal noch nicht ausgerottet ist, verdankt er dem Umstand, daß er sich immer mehr in die Antarktis zurückgezogen und Heizmaterial, das der Fangdampfer sofort

sich dieser Region angepaßt hat. Etwa 80 Prozent des vorjährigen Fanges (1/3 von norwegischen, 2/3 von englischen Gesellschaften eingebracht) stammen aus dem sogenannten pelagischen Fanggebiet am Südpol, der Rest aus dem nördlichen Eismeer. Auch das ist die Dialektik der kapitalistischen Produktionsordnung, d. h. einer der Widersprüche ihrer Entwicklung, wenn auch ein negativer, daß sie sich in ihrem eigenen Wüten gegen die Natur zeitweilig selbst unterbrechen muß.

Seit Jahrzehnten versuchen ernste Wissenschaftler und große private Vereinigungen aller Welt und die Regierungen fast aller Staaten, der Ausrottung des Tieres Einhalt zu bieten. Ginge die industrielle Vernichtung des Wals auch nur noch einige Jahre in dem bisherigen Ausmaß weiter, dann wird er in absehbarer Zeit ein Naturdenkmal sein und sein Aussterben nur eine Frage der Zeit.

Was die besten Vertreter der Wissenschaft im Bunde mit den Regierungen und Parlamenten der ganzen Welt in Jahrzehntelangem ersten Ringen nicht fertig brachten, das diktiert der Generaldirektor eines Monopolkonzerns in einem Schreibbrief von 5 Zeilen und 20 Pfennig Post!

Woraus die Proletarier ersehen können, was der Parlamentarismus für einen Wert hat und wo sie den Hebel ihrer Befreiung ansetzen müssen. Der Kapitalismus gräbt sich wohl sein eigenes Grab, hineinstoßen aber müssen ihn die Proletarier!

Rudolf Pienkowski.

Grubenunglück auf Zeche Dorstfeld Fünf Tote

Dortmund, 14. Mai 1932.

Auf der Zeche Dorstfeld der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. ereignete sich am heutigen Sonnabend gegen 6,20 Uhr früh ein schweres Förderkorb-unglück. Aus unbekannter Ursache riß plötzlich bei der Einfahrt der Bergleute in die Grube das Förderseil, so daß beide Förderkörbe in die Tiefe sausten. Soweit bisher bekannt ist, beträgt die Zahl der Toten 5.

Der westliche Korb der Förderung des Schachtes 3 der Zeche Dorstfeld wurde dadurch seillos, daß die großen Muttern, die das Zwischengeschirr mit dem Förderkorb verbinden, auf bisher unerklärliche Weise losgelöst wurden. Beide Körbe — der niedergehende wie der hochgehende — fielen in den Schachttumpf der 800-Meter-Sohle. In dem aufgehenden Korb befanden sich 5 Bergleute. Der Korb wurde in dem Augenblick seillos, als er bereits in die Hängebank ein gefahren und zum Stillstand gekommen war. Das in Frage kommende Zwischengeschirr wurde erst am gestrigen Freitag terminmäßig von den zuständigen Sachverständigen der Seilprüfungsstelle Bochum geprüft und in Ordnung befunden.

Ein Augenzeuge berichtet

Dortmund, 14. Mai 1932.

Wie ein Augenzeuge berichtet, ereignete sich das Unglück auf der Zeche Dorstfeld, als der Korb, der die fünf Verunglückten nach Beendigung ihrer Nachtschicht zutage förderte, am Schachtausgang ankam. In diesem Augenblick soll die sogenannte Königstange, an der das Förderseil befestigt ist, gebrochen sein, so daß der Korb in den etwa 800 Meter tiefen Schacht sauste und infolge des heftigen Aufpralls wahrscheinlich vollständig zertrümmert wurde. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß keiner der Verunglückten mit dem Leben davon gekommen ist. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da auch der Nebenschacht zur Zeit noch nicht befahrbar ist. Die einzige Möglichkeit, an die Trümmer des zerstörten Korbes zu gelangen, besteht auf dem Umwege über den Wetterschacht. Besonders

tragisch ist der Tod des Grubenschlossers Weller, der sich durch seine Arbeit die Mittel für seine Ausbildung als Opernsänger erworben und erst kürzlich seine Prüfung bestanden hatte. Da die Zechenverwaltung den Pressevertretern keinen Zutritt gewährt, kann das Gerücht, daß noch ein sechster Toter zu beklagen sei, zurzeit nicht nachgeprüft werden.

Auf Zeche Dorstfeld II/III hat sich zuletzt vor fast genau sieben Jahren, und zwar am 16. Mai 1925, eine schwere Schlagwetterexplosion ereignet, bei der 48 Bergleute ihr Leben lassen mußten.

Mißglückter Atlantikflug

London, 14. Mai 1932

Der amerikanische Flieger Lu Reichers, der am Freitagmittag zu einer Ueberfliegung des Atlantik von Harbour Grace (Neufundland) aufgestiegen war, stürzte in den frühen Morgenstunden des Sonnabend etwa 50 Seemeilen von der irischen Küste entfernt mit seinem Flugzeug ins Meer. Er wurde von dem Passagierdampfer „Roosevelt“, der sich auf der Fahrt von Queenstown nach New York befindet, mit einer gebrochenen Nase und leichten Zerrungen aufgefischt. Infolge des hohen Seeganges konnte die Maschine nicht gerettet werden.

Rachejustiz an den Gefangenen von Dartmoore

London, 14. Mai 1932

Mit ganz außergewöhnlichen Strafen sind die Gefangenen des Dartmoore-Zuchthauses belegt worden, die vor einiger Zeit gegen die Gefängniswärter rebellierten, sie tätlich angriffen und einen Teil des Gefängnisses durch Brandstiftung zerstörten. Die Strafen belaufen sich insgesamt auf 99 Jahre und acht Monate. Der Rädelführer erhielt zwölf Jahre Zuchthaus. Da er noch acht Jahre von früher her abzubüßen hat, so wird er zwanzig Jahre weiter im Zuchthaus verbleiben müssen. Zwei andere Angeklagte sind mit je zehn Jahren, drei mit je acht Jahren Zuchthaus bestraft.

Raubüberfall auf indischen Expresszug

Bombay, 14. Mai 1932

In Bengalen wurde ein Expresszug von Räubern überfallen und die Fahrgäste voll-

kommen ausgeraubt. Ein Räuber fuhr in dem von Bhairab kommenden Zug mit und brachte ihn kurz vor Dacca zum Stehen. Die Räuber drangen mit vorgehaltenen Revolvern in die Abteile ein und nahmen den Fahrgästen, zum größten Teil Kaufleuten, insgesamt etwa 100 000 Mark an Geld und Wertsachen ab. Als die Zugwache einzuschreiten versuchte, wurde sie durch einen Schuß schwer verwundet. Die Räuber entkamen in einem Kraftwagen.

Riesenfeuer in einer amerikanischen Stadt

New York, 14. Mai 1932

In der Stadt Kingman (Maine) vernichtete ein Brand das Rathaus und 80 Häuser. Die Ursache des Feuers ist unbekannt. Die Herbeirufung der Feuerwehren aus den Nachbarorten wurde dadurch verzögert, daß das Postamt gleich zu Beginn des Brandes eingeschert wurde, so daß alle Drahtverbindungen gestört waren.

Zwei Todesurteile

Stolpe (Pommern), 14. Mai 1932

Vom Stolper Schwurgericht sind am Freitagabend der Melker Karl Miethe und die mitangeklagte Frau Sieg wegen Mordes an dem 68 Jahre alten Händler Dossow zum Tode verurteilt worden. Der Händler Dossow war im Februar dieses Jahres von dem Melker auf Veranlassung der Frau Sieg auf dem Boden seines Wohnhauses erschossen worden. Die Veranlassung zum Mord bestand darin, daß Frau Sieg als Wirtschaftlerin des Dossow befürchtete, er könne auf Grund von Zerwürfnissen das Testament, das zugunsten ihrer Töchter lautete, abändern. Die Frau hatte den Melker auf dem Boden versteckt, wo dieser dann den Händler, der durch Geräusche aufgeweckt worden war, erschoss.

Neuordnung im Berliner Gerichtswesen

Durch Verordnung des Preußischen Justizministers vom 12. April d. Js. sind alle diejenigen Teile der Stadtgemeinde Berlin, die bisher noch zu den auswärtigen Amtsgerichtsbezirken Potsdam, Bernau und Oranienburg gehörten, mit Wirkung vom 16. Mai 1932 ab Berliner Amtsgerichten zugelegt worden. Es handelt sich vor allem um die Berliner Ortsteile Wannsee, Buch und Frohnau. Von Bedeutung ist dies insbesondere auch insoweit, als vom 16. Mai 1932 ab die Führung der Grundbücher von Wannsee (Stolpe) auf das Amtsgericht Berlin-Lichterfelde, von Buch auf das Amtsgericht Berlin-Pankow und von Frohnau auf das Amtsgericht Berlin-Wedding übergeht.

Wer selber baut

baut richtig, sparsam, dauerhaft
nach dem praktischen Handbuch

„WOHNLAUBE und SIEDLERHEIM“

Gründliche Anleitung zum Selbstbau von Wohnlauben, kleinen Eigenheimen und größeren Siedlerhäusern, mit ausführlichen wirtschaftlichen und technischen Angaben, genauen Kostenanschlägen und vielen hundert erklärenden Zeichnungen.

1.20 RM Durch jede Buchhandlung. Vom Verlag gegen Voreinsendung des Betrages portofrei, bei Nachn. gegen Spesenberechnung.

Verlag Hermann Reckendorf, Berlin SW, Nodemannstr. 24, Postcheck Berlin 77108

Bürgerliche Herkunft und sozialistische Überzeugung

von Franz Simon

Die SAP und der SJV verfügen, wie alle proletarischen Organisationen und Parteien, über eine große Zahl Intellektueller, die bereit und gewillt sind, am Befreiungskampf des Proletariats aktiv teilzunehmen. Es besteht kein Grund, an der revolutionären Zuverlässigkeit dieser Elemente zu zweifeln, denn einerseits sind auch sie an der Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung interessiert, da in dem gegenwärtigen System für viele die Aussicht auf Auswertung ihrer Kenntnisse nicht mehr besteht. Andererseits sind es solche, von denen Marx im „Kommunistischen Manifest“ sagt: „Zum Proletariat geht ein Teil der Bourgeoisiedenken über, welche zum theoretischen Verständnis der Entwicklung sich hinaufgearbeitet haben.“

Der größte Teil der Intellektuellen, die sich unseren Organisationen zur Verfügung stellen, entstammt, wie schon aus dem Marx-Zitat hervorgeht, dem Bürgertum. Die meisten von ihnen leben und üben auch ihren Beruf aus innerhalb der bürgerlichen Welt. Dies trifft namentlich für einen beträchtlichen Teil unserer Studenten zu, denen es in der Regel nur auf Grund der Mittel ihrer Eltern möglich ist, ein Hochschulstudium zu ergreifen. Für diejenigen unserer Genossen, die, wie ausgeführt, gesellschaftlich und ökonomisch an das Bürgertum gebunden sind, ergibt sich daher ein Konflikt ihrer Abhängigkeit von der Bourgeoisie und ihrer sozialistischen Überzeugung, ihrem arbeiten innerhalb der proletarischen Organisationen. Trotz dieses Konfliktes, der ihnen Tag für Tag zwangsläufig bewußt werden muß, offen für ihre Überzeugung einzutreten, verlangt eine ziemlich eingehende weltanschauliche Vorbildung und große Charakterfestigkeit. Darüber hinaus ergeben sich aus dem geschilderten Konflikt Probleme, deren Lösung für jeden denkenden Menschen eine Notwendigkeit sein muß. Das wichtigste wird wohl dies sein: Ist ein Leben in bürgerlichen Kreisen und auf bürgerliche Art vereinbar mit einer revolutionär-sozialistischen Überzeugung? Eine Vereinigung dieser Frage würde in der Konsequenz dahin führen, daß ein solcher Mensch es ablehnen müßte, sich von seinen Eltern ernähren zu lassen, daß er sein Elternhaus verläßt oder häufig, daß er seinen Beruf aufgibt. Bezeichnend ist, daß diese Ansicht von den Angehörigen des Bürgertums vertreten wird. Marxisten werden diese Frage anders betrachten. Wir fragen: Welche für das Proletariat positiven Ergebnisse würde ein derartiges Verhalten haben? Worauf es nur die eine Antwort gibt: gar keine. Es zeigt sich, daß das Proletariat kein Interesse daran hat, daß ein in bürgerlichen Verhältnissen lebender Mitkämpfer seine Existenzgrundlage zerstört, wenn er nicht durch besonderen Anlaß dazu gezwungen ist. (etwa durch Zwang seiner Familie) Wir gehen sogar noch weiter indem wir sagen: das Proletariat hat ein besonderes Interesse daran, daß sich diese Intellektuellen ihre besondere Existenzgrundlage erhalten und nicht leichtfertig zerstören. Das Proletariat kann ihre Kenntnisse verwenden und ist von sich aus nicht in der Lage, einer genügend großen Anzahl seiner Ange-

hörigen die Möglichkeit zu geben, ohne diese Kenntnisse zu erwerben. Nachdem Lenin in seiner Broschüre „Was tun?“ feststellt, daß „heute in die Bewegung viele Kräfte hineingezogen worden sind, daß alle besten Vertreter der jungen Generation der gebildeten Klassen zu uns kommen“, fährt er fort: „Um den Arbeitern wirkliches, allseitiges und lebendiges politisches Wissen zu vermitteln, braucht man „eigene Leute“, Sozialisten, allüberall, in allen Gesellschaftsschichten, in allen Positionen, die es ermöglichen, die inneren Triebfedern unseres Staatsmechanismus kennen zu lernen.“ Es wäre vollkommen falsch, wenn

wir fordern würden, daß die zu uns stoßenden Intellektuellen bürgerlicher Herkunft ihre bisherige Existenzgrundlage sei es ganz, sei es teilweise, aufgeben sollen, denn dann würde es ihnen unmöglich sein, auf Positionen zu stehen, die es ermöglichen, die inneren Triebfedern unseres Staats- und Wirtschaftsmechanismus kennen zu lernen. Das Proletariat hat gerade ein Interesse daran, diese Elemente zu halten und zu behalten.

Andererseits müssen wir von den zu uns stoßenden Intellektuellen fordern, daß sie sich vorbehaltlos dem Proletariat zur Verfügung stellen, daß sie alle ihre Kenntnisse und ihre ganze organisatorische Kraft in den Dienst der Sache des Proletariats stellen, daß sie aber auch im Augenblick der Machtergreifung durch die Arbeiterschaft auf alle Vorteile, die sie bis dahin hatten, bedingungslos verzichten.

„Das Kapital“ von K. Marx In einer billigen Massenausgabe

Im Kleinenheuer-Verlag, Berlin, erscheint eine neue ungekürzte Ausgabe des Kapital. Von dieser Ausgabe übernahm die Verlagsbuchhandlung des ADGB für Gewerkschafts-Mitglieder einen größeren Posten als Organisationsausgabe. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß erst hierdurch die Neuaufgabe ermöglicht wurde. Der erste Band, der soeben herauskam, ist geschmackvoll in Ganzleinen gebunden und drucktechnisch gut ausgestattet. Der Preis ist mit 2,50 RM so niedrig gehalten, daß man wohl sagen kann, hiermit ist es erstmalig gelungen, „Das Kapital“ zu einem Preise herauszubringen, der es dem Arbeiter ermöglicht, sich dieses grundlegende Werk des wissenschaftlichen Sozialismus wirklich zu kaufen.

Die neue Ausgabe wurde von dem aus der kommunistischen Bewegung bekannten, früheren Professor in Jena, Dr. Karl Korsch, bearbeitet. In seinem Geleitwort betont K., daß die Bearbeitung nach der zweiten Auflage des ersten Bandes von 1872 erfolgte und sich dadurch von den späteren Meißnerschen und der Dietzschenschen Ausgabe wesentlich unterscheidet, weil die, auf Anweisungen von K. Marx selbst zurückzuführenden, unter Benutzung der französischen Ausgabe von 1878 eingefügten Änderungen in seiner Bearbeitung nur mit größter Beschränkung übernommen wurden. K. begründet das damit, daß das Werk heute „bereits der Geschichte angehört“ und die Art der Wirkung heute eine andere sei als vor 20 oder 40 Jahren, daß es daher heute keinen Sinn mehr habe, den „ursprünglichen . . . Text . . . in irgendeinem Punkte den erst in einer späteren Entwicklung hervorgetretenen neuen Tatsachen soviel als möglich „anpassen“ zu wollen“. Er glaubt, daß auf diese Weise „eine treuere Wiedergabe des ursprünglichen Marx'schen Gesamtgedankens und seiner Form“ erreicht ist. Dasselbe Begründung gibt K. auch für die Fortlassung einer Anzahl von Fußnoten. Damit will er aber nichts gegen die

gegenwärtige Bedeutung und Wirkung des Buches gesagt haben.

Ohne auf diese Punkte im einzelnen einzugehen, müssen wir doch zum Ausdruck bringen, daß uns insbesondere die geringere Benutzung der französischen Ausgabe nicht ganz ungefährlich erscheint. Diese Neuerungen sind eben nicht nur eine Fortführung von Daten und Zahlen auf einen neueren Stand, sondern z. T. nicht unwesentliche theoretische und begriffliche Ergänzungen, die um so wertvoller sind, als sie von Marx selbst stammen. Gerade in der Zeit der Krise, in der die Arbeiterschaft sich wieder an der Marx'schen Analyse des Kapitalismus zu orientieren beginnt, können wir den Standpunkt K.'s nicht teilen, daß man ohne Schaden auf diese Partien verzichten kann, um der treueren Wiedergabe des „ursprünglichen . . . Gesamtgedankens“ willen.

Der Arbeiterschaft ist auch heute noch, mehr denn je, das „Kapital nicht ein Gegenstand philologischer Forschung nach ursprünglichen Gesamtgedanken, sondern Waffe im Klassenkampf. Dazu braucht es auch die letzten Erkenntnisse, selbst wenn die „Form“ darunter ein wenig leiden muß.

Trotz dieses Vorbehalts ist es zu begrüßen, daß mit dieser billigen Organisationsausgabe die Möglichkeit geschaffen wird, daß das Werk in die breite Masse dringen kann, kosten doch die bisherigen Ausgaben noch immer 10 bis 13 RM pro Band. Der Wert der Ausgabe wird erhöht durch ein Fremdwörterverzeichnis und eine Erklärung der Eigennamen, die nicht ohne weiteres verständlich sind, sowie ein Verzeichnis der im „Kapital“ zitierten Werke. Außerdem gibt Korsch in seinem Geleitwort eine ausführliche Anweisung, nach der auch der Ungeschulte das Werk leicht mit Verständnis lesen kann. Hierin liegt neben der Billigkeit der besondere Wert dieser Ausgabe, so daß wir es trotz der oben ausgesprochenen Bedenken unseren Genossen zur Anschaffung empfehlen können. Im übrigen empfehlen wir

aber auch den Führern des ADGB, ihre Organisationsausgabe nicht nur zu kaufen, sondern sie auch zu lesen und danach zu handeln.
O. B.

In Kürze erscheint auch im kommunistischen Verlag für Literatur und Politik eine Volksausgabe des ersten Bandes des „Kapital“ zum Preis von 2,46 RM. Ebenso kündigt der Verlag eine billige Volksausgabe der vom Moskauer Marx-Engels-Institut bearbeiteten „ausgewählten Schriften von K. Marx und Fr. Engels“ (9 Bände à 2,86 RM), sowie der „ausgewählten Werke von W. J. Lenin“ (12 Bände à 2,86 RM) an.

Kleines Feuilleton Telephon für jedermann

In Wien wird zur Zeit die Einrichtung einer Telephonapparatur ausprobiert, deren Kosten auch dem kleinsten Haushaltsbudget gerecht werden. Der Sprechapparat wird an einer allen Parteien des Hauses zugänglichen Stelle angebracht; der „Teilnehmer“ erhält nur eine Lautvorrichtung.



Wovon Amerika spricht?

Von Zeit zu Zeit werden alle deutschen Sender mit Vorträgen aus USA bereichert. Ja, eine Bereicherung ist es auch, wenn man hört, wie unglaublich unwahrhaftig trübende Ereignisse beurteilt werden.

Da erzählte uns der deutsche Journalist Kurt G. Soll über den Ozean, wie übel es die amerikanische Bundesregierung nehme, daß sich nicht nur Amerikaner, sondern sogar das Ausland um die Negerprozesse kümmerne, da das Angelegenheiten der einzelnen Regierungen in den Bundesstaaten seien, die den Bund oder gar das Ausland nichts angingen. Nun hören wir es: die Geschichte mit den — angeblich — von Negern vergewaltigten weißen Frauen wird von den Südstaaten aus Abwehr gegen die schwarze Invasion ebenso justizmörderlich verfolgt, wie — den Justizmord gab Sell natürlich nicht zu — andere Bundesstaaten der USA die Kommunisten verfolgen. Das war wenigstens ehrlich.

Ein paar Worte fielen auch über den „Honor-Killer“-Mord in Honolulu. Dieser Mord, über den das neueste Heft des „Volksfunk“ sehr interessant und richtig berichtet, wurde von einem amerikanischen Offizier an dem vorgeblichen Vergewaltiger, in Wahrheit aber Hausfreund seiner eigenen Frau begangen. Weil der Ermordete eingeborener Mischling, also zweitrangiger Rasse nach den berüchtigten amerikanischen Begriffen, war, haben sich, so erzählte Sell, amerikanische prominente Frauenrechtler (bürgerliche, versteht sich) des Falles sofort angenommen; zu bedauern sei nur, daß trotz aller Sympathiebezeugungen, die der weiße . . . wir sagen ruhig: Mörder genieße, immer noch gegen ihn prozessiert würde. Man hörte so deutlich wie nur denkbar den USA-Standpunkt der Herrenrasse und -klasse durchklingen, der den Farbigen nach wie vor als vogelfrei betrachtet. Ob wir wohl mal einen anderen Standpunkt aus den Vereinigten Staaten im Radio zu hören bekommen? —el.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten

9. Fortsetzung

Da wird gehurt. Gesoffen. Angesteckt. Gestohlen. Vergewaltigt. Da sind auch anständige Menschen: Der Arbeiter soundso, der Kellner soundso. Aber alle leben, haben Kinder; alle sehen und hören alles.

Wenn Hans abends die Treppen hinaufsteigt, hört er auch so mancherlei. Er überhört auch so mancherlei. Immer riecht es auf diesen Treppen nach Kohl und feuchter Wäsche und kleinen Kindern. Das Treppengeländer ist feucht und klebrig. Alles ist eng und gequetscht und mit Gewitterstimmung geladen.

Die Wände müßten bald mal gestrichen werden. Der Verputz ist abgefallen. Da sieht man ganze Reihen von Backsteinen. Die Treppe ist schadhafte. Niemand will sie in Ordnung bringen. Herr Tschuppeck wohnt in Warschau. Er will Geld sehen. Das andere ist ihm egal. Nächstens wird er das Haus, die Häuser verkaufen.

Das Gesindel will keine Miete mehr zahlen. Er kann sein Geld dann besser anlegen. Vom Vorderhaus allein kann man nicht leben. Hans steigt die Treppe hinauf. Müde und verdrossen.

Tapp und tapp. Ach und ach. Morgen ist Donnerstag. Dann ist Freitag. Immer weiter.

Er kann morgen nicht ins Kino. Er hat kein Geld mehr. Die Ratenzahlung auf die Joppe hat wieder alles verschluckt. Das Leben ist bescheiden, denkt Hans mit großem Ernst.

Der Donnerstag ist wie jeder Tag. Jeder Tag ist wie Donnerstag.

Aber diesmal ist es doch anders. Abends gibt ihm die Mutter ein Schreiben: „An den Arbeitsburschen Hans Schulz.“

„ . . . hinreichend verdächtig, am soundsovielten fremde bewegliche Sache, nämlich dreiundachtzig Reichsmark, die er im Besitze oder Gewahrsam hatte und für seine Firma einkassierte, rechtswidrig zugeeignet und veruntreut zu haben. Strafbar nach § 241 St. G. B.

Beweis: Geständnis. Die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Berlin-Mitte.“

Anlegend noch eine Vorladung für den 17. Januar, 10 Uhr, vor das Jugendgericht, Berlin-Mitte, Neue Friedrichstraße. —

In dieser Nacht schläft Hans nicht. Am nächsten Morgen ist alles wie sonst. Ist denn niemand da, der mit ihm über alles sprechen will? Soll er denn nun alles allein mit sich herumtragen?

Lissi wäscht sich. Sie hat es heute eiliger als sonst. Sie spricht kein Wort mit ihm. Das ist nichts Verwunderliches, aber heute empfindet es Hans mit einer vernichtenden Schärfe.

Ausgestoßen. Verbrecher.

Vater hat gestern wieder geschimpft, aber Hans kam später. Mutter hat kein Wort gesagt. Sie war wieder erkältet. Hustete. Müßte gleich zur Bank. Die Reinemachefrau Schulze.

Jetzt passierte ihr das auch noch mit ihrem eigenen Sohn. Wenn die nur auf der Bank nichts davon erfahren, sonst wird sie ihre Arbeit los sein.

Wenn sie nur im Hause nichts davon erfahren, sonst wird der Tratsch nicht aufhören.

Hans arbeitet auch heute wie jeden Tag. Er ist zerstreuter als sonst, aber er nimmt sich zusammen. Auch der Freitag geht vorüber und die folgende Woche auch. Dann gibt es noch einmal Unruhe. Vom Jugendamt war ein Herr dagewesen. Hatte sich nach Hans erkundigt. Das Jugendamt müsse über Hans an das Gericht berichten.

Frau Schulze hatte mit ihm gesprochen. Der Herr hatte gesagt, das könne nicht so schlimm werden. Hans arbeite ja wieder. Und von „Fürsorge“ könne keine Rede sein, und so.

Vielleicht werde Hans unter Aufsicht, unter Schutzaufsicht des Jugendamtes gestellt. — „Wir haben ganz andere Sachen als die von Hans.“

Ganz andere Sachen, hatte er gesagt. Hans erfuhr das.

Auf den Bänken sitzen schon viele Menschen, als Hans kommt. Junge und alte. Väter und Mütter und Kinder. Dazwischen zwei Polizeibeamte. Da wird gestöhnt und erzählt. Ein Junge ist da, vielleicht sechzehn Jahre alt. Der lacht und rennommiert. „Und da hab ich ihm jessacht: Jehn se man erst bei die . . .“ Und dann lacht er wieder wie über einen Witz. Niemand hört auf ihn.

Dann geht die Tür auf, ein Wachtmeister kommt herauf: „In Sachen Winkel, Angeklagter, Eltern und Zeugen eintreten.“

Das dröhnt über den Korridor. Alles ist still. Und der Gesprächige, Lachende ist zusammengefahren. Mit angstvollen Augen hat er nach der Tür gestarrt. Schon lächelt er wieder. Er ist es nicht. Noch nicht.

Schon erzählt er wieder. Niemand hört ihm zu. Als er aufsteht: „Mal austreten“, geht der finstere Mann an seiner Seite mit.

„Aus der Fürsorge“, flüstert jemand hinter ihm her.

„Fürsorge . . . Fürsorge“, fährt es Hans durch und durch.

Dieses Warten. Beim Arzt weiß man, was kommt, er schneidet oder gibt ein Rezept.

Aber hier kann man frei herauskommen oder man kann gefesselt werden und in die Zelle kommen oder in die Fürsorge . . . Wenn ihm doch nur einer einmal ein beruhigendes Wort gäbe.

Ein tröstendes Wort.

Niemand ist da. Die Mutter ist aufgeregt. Aber sie sagt nichts zu ihm. Sie schämt sich, hier sitzen zu müssen . . . Der Bengel . . . Mutter . . .

Der Junge vom Rummel fällt Hans ein. „Zwei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist wirste kriegen“, hatte der sachverständig taxiert.

Hans steht und ihm wird ganz heiß. Ganz schlecht wird ihm. Setzen kann er sich nicht, es ist alles besetzt. Stehen kann er nicht mehr, es dreht sich alles um ihn . . .

Die Tür geht auf . . .

„In Sachen Krause . . . eintreten . . .“ Der Junge aus der Fürsorge ist plötzlich kreideweiß. Kein Wort mehr. Wie er starrt.

Wie er schluckt und zittert.

Der hat ja Todesangst . . .

„Todesangst“, woher kommt ihm dieses Wort? Der Junge verschwindet im Saal. Hinter ihm, finster und teilnahmslos der Mann. „Fürsorge . . . Fürsorge . . .“ zischelt es auf den Bänken.

Heraus kommt gerade der Junge, der in Sachen Winkel vorhin hineingerufen worden ist. Er heult und heult. Er hat kein Taschentuch und reibt die Augen mit den Händen. Der Mann neben ihm hat einen roten Kopf, dreht seinen Hut in der Hand, fährt den Jungen barsch an: „Nu halts Maul, hast Dir's selber injebrockt.“

A 1 SAP
Bezirk Westfalen-Stüd

Sonntag, 29. Mai, 10 Uhr, in Witten,
Lokal Heinrich Röhmeier, Ardeystr. 104,
Konferenz der Vorsitzenden aller Orts-
gruppen, Ortsvereine und Bezirke.
Tagesordnung wird durch Rundschreiben
und an dieser Stelle später bekanntgegeben.
Die Bezirksleitung

Frankfurt a. M.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.
Nach der Wahl des Bürgermeisters Dr. Schlosser (SPD) wurde in öffentlicher Sitzung zunächst die Erhöhung der Bestattungsgebühr behandelt. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich in einer früheren Sitzung dafür eingesetzt, daß die erhöhten Bestattungsgebühren wieder gekürzt werden sollten. Der Magistrat trat diesem Beschluß nicht bei. Heise (SPD) kritisierte, daß man die Freigrenze völlig beiseite gelassen hat. Für die oberste Einkommenstufe seien die Bestattungsgebühren um 10 Mark gekürzt worden, dagegen haben sich die Gebühren für die unterste Stufe um 160 Prozent erhöht! Heise meinte, es wäre besser gewesen, wenn der Magistrat die Vorlage gemeinsam mit den Stadtverordneten beraten hätte. Der Beschluß des Magistrats sei eine Diktaturmaßnahme. (Heise sollte sich besser bei seinen Ministerkollegen beschweren, die dem Magistrat von den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung unabhängig gemacht haben.) Böhrer (KPD) machte die Sozialdemokratie für die Notverordnungen verantwortlich, gegen die sie polemisierte. Landgrebe (DVP) meinte, nur wenn eine andere Friedhofspolitik getrieben würde, sei es möglich, die Gebühren zu senken. Die Vorlage wird dem Hauptausschuß überwiesen. — Auf einen Antrag der Stadtverordnetenversammlung, Personen, deren Einkommen nicht höher ist als die Einkünfte der Wohlfahrtsverbände, von der Bürgersteuer zu befreien, erteilte der Magistrat einen ablehnenden Bescheid. Schawer (SPD) erklärte, die Kommune habe in diesem Fall das Recht der Steuerhoheit. Ob eine Ermäßigung eintrete, sei eine Frage des guten Willens seitens des Magistrats. Döcker (Arbeitnehmer) schlägt vor, daß man wenigstens auf Antrag die Bürgersteuer ermäßige. Vogler von der Wirtschaftspartei befürwortete die Bürgersteuer. Stadtrat Lehmann versprach wohlwollende Prüfung der Argumente, sonst nichts. Die Städte seien zur Erhebung der Bürgersteuer gezwungen. — Eine rege Debatte entstand darüber, ob Baukostenzuschüsse an diejenigen Mieter der städtischen Gesellschaften zurückgezahlt werden sollen, die infolge ihrer schlechten Wirtschaftslage gezwungen sind, billigere Wohnungen zu mieten. Der Magistrat erklärte, er sei zur Zeit hierzu nicht in der Lage. Im Falle eines günstigeren Abschlusses würde eine teilweise Rückzahlung an diejenigen erfolgen, die unter ganz besonders mißliebigen Verhältnissen leben. Der Magistrat ersuchte um Zustimmung zum Verkauf von Liegenschaften zum Preise von 1.070.000 Mark an Private, die einen weit höheren Wert besitzen. Das Projekt stieß auf allgemeine Ablehnung. Die Vorlage wurde dem Hauptausschuß überwiesen. — Der Magistrat will das Haus des früheren Stadtrat Schnelder zum Preise von 70.000 Mark kaufen. Das Haus hat heute einen Wert von 50.000 Mark. Stadtrat Schneider, der jetzt in leitender und gut bezahlter Stellung bei der Privatindustrie tätig ist, besteht sonst auf Zahlung seiner Pension. Ja, die Herren denken im entscheidenden Moment weniger an die finanzielle Lage der Stadt Frankfurt a. M., als daran, wie sie sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern können. Da der Magistrat erklärte, ein Prozeß würde voraussichtlich zu Ungunsten der Stadt ausgehen, wurde der Magistratsvorlage zugestimmt. — Die Stadtverordnetenversammlung verlangt durch Mehrheitsbeschluß die Absetzung Fritz von Unruh, „Zero“ vom Spielplan des Schauspielhauses. Es würden da Schamlosigkeit vorgeführt. Dabei mußte ein Kritiker des Stückes gestehen, daß er das Stück überhaupt noch nicht gesehen hatte. Es ist ganz klar: die Kritik hat mit künstlerischer Wertung nichts zu tun. Sie richtet sich gegen den politischen Menschen von Unruh.

Kassel

In einer gutbesuchten Parteimitgliederversammlung untersuchte Genosse Herbers die Ergebnisse der Wahlen und ihre Lehren. Die Aussprache ergab dann, daß wir zwar mit einer erheblichen Schuldenlast — wir hatten den Wahlkampf des ganzen Landbezirks allein zu tragen — aber sonst unerschütterlich im Mitgliederstand und im Vertrauen der Sympathisierenden an unsere neue Arbeit gehen können. Die Genossen erwarten von der Führerschaft, daß sie energisch alle Versuche und Bemühungen fortsetzt, um mit den Genossen der proletarischen Bruderparteien zur Einigung zu kommen. Die „Generallinie“ wurde abgelehnt. Die weitere sehr fruchtbare und aufs Praktische gehende Diskussion fand ihren Niederschlag in folgendem Arbeitsplan:
1. Zusammen mit dem Kartell (KPD-O, ISK, Syndikalist) und möglichst auch mit den proletarischen Parteien sowie den Freidenkern eine öffentliche und gemeinsame Kundgebung gegen das Verbot der „Gottlosenbewegung“, die jeden Proletarier angeht, ganz gleich, in welcher Gruppe er steht. Die Freidenker müssen sich klar darüber werden, daß sie die nächsten sind. — 2. Ein erneuter Versuch, nach dem Berliner Vorbild mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten in eine öffentliche Diskussion zu kommen. 3. Eine öffentliche Kundgebung von Jugendverbänden aller Richtungen gegen die immer drohender aufsteigende Gefahr d Arbeit-

Weltliche Schule und Nationalsozialismus

Düsseldorf, 14. Mai 1932.

Die weltlichen Lehrer des Bezirks Düsseldorf waren in großer Zahl einer Einladung des Bundes der freien Schulgesellschaften nach Düsseldorf gefolgt, um zur schulpolitischen Lage Stellung zu nehmen. Die Tagung wurde von dem Obmann der pädagogischen Fachgruppe des Bundes, Lehrer Schrank, geleitet.

Der Bezirksvorsitzende des B. d. F. S., Dr. Maas, behandelte das Thema: „Weltliche Schule und Nationalsozialismus“. An Hand eingehenden Materials aus nationalsozialistischen Schriften von Hitler, Rosenberg und Stark wies er den großen Gegensatz sozialistischer und nationalsozialistischer Ideen nach. Die letzteren fordern u. a.: Gefühlsbildung, gesteigert bis zum Fanatismus und zur Hysterie für die Massen, Erkenntnisbildung aber nur für die Führer; Erziehung zur Volksgemeinschaft, die sich auf das Bewußtsein gründen soll, mit großen Männern zusammen ein und demselben Volke anzugehören; das Evangelium des Hasses als Grundlage deutscher Moral; Militarismus als Krönung aller Erziehung; Erziehung der Jugend zu einem imperialistischen Nationalgefühl; christliche Erziehung als Ergänzung der nationalen. Die Schulpraxis der Nationalsozialisten in Thüringen und besonders in Braunschweig zeigt, daß auf Grund solcher theoretischer Forderungen die weltliche Schulbewegung von den Nationalsozialisten aufrechtbar bedroht wird. In Braunschweig hat der nationalsozialistische Lehrerbildner u. a. den im Bund der freien Schulgesellschaften sehr geschätzten Dr. Helmut v. Bracken, von der pädagogischen Abteilung der technischen Hochschule entlassen und weltlich denkende Schulaufsichtsbeamte entfernt.

Hagen

Verrat von Betriebsgeheimnissen. Vor dem Hagener Schöffengericht nahm ein interessanter Prozeß seinen Anfang. Der Meister K. und die Angestellte S. von der Akkumulatorenfabrik Hagen-Berlin sind angeklagt, Betriebsgeheimnisse zum Nachteil des Unternehmens verraten zu haben. Von Seiten des Werkes wurde Wirtschaftsspionage und Verrat an das Ausland zum Schaden der deutschen Wirtschaft behauptet. Im Mittelpunkt des Prozesses steht eine neue Erfindung sog. alkalischer Batterien. Nach langer Verhandlung, die zu keiner Klärung führte, erging ein Gerichtsbeschluß, wonach die Akten der Staatsanwaltschaft zurückgegeben werden zwecks Ermittlung durch Gutachter, ob bei den Rezepten der Batterie-füllung Betriebsgeheimnisse in Frage kommen.

Düsseldorf

Will das Volkshaus das Arbeiterlokal bleiben? Die Düsseldorfer SAP hatte beschlossen, ihre Maifeier im Volkshaus abzuhalten. Wir waren vor allem darum zu diesem Entschluß gekommen, weil das Volkshaus ganz besonders unter den Auswirkungen der Krise zu leiden hat. Die Schwierigkeiten waren so groß geworden, daß vor kurzem eine Zwangsversteigerung stattfand, in der das Volkshaus in den Besitz der Volkfürsorge, als der Hypothekengläubigerin übergang. Man sollte meinen, daß man nun jetzt jede Bemühung der Arbeiterorganisationen, dem Volkshaus Einnahmen zuzuführen, dankbar begrüßen würde. Wir haben aber wieder einmal erleben müssen, daß der SPD-Apparat lieber die Einrichtungen der Gesamtarbeiter-schaft schädigt, als daß er von seinem sturen Standpunkt abgeht, jede andere proletarische Partei als Todfeind zu betrachten und zu behandeln. Es spielte sich nun folgendes ab: Der Oekonom des Volkshauses und die Volkfürsorge sagten uns zuerst den großen Saal zu. Als wir aber einige Tage später schriftliche Bestätigung der Zusage erbaten, kam man plötzlich mit Einwendungen, der Saal sei bereits vergeben. Auf unsere erste Anfrage hin war uns sowohl von Oekonom als auch von der Volkfürsorge gesagt worden, der Saal sei frei. Der SPD-Sekretär Richter hatte sich inzwischen mit der Volkshausverwaltung in Verbindung gesetzt und mit dunklen Andeutungen operiert, daß eventuell Stühle zertrümmert werden könnten usw. Daraufhin die Absage. Nun, unsere Maifeier ist darum nicht verhindert worden. Sie hat in einer großen Schaula stattgefunden, und sie wurde zu einer Werbung für den Kampf der Arbeiterklasse. Und Schorsch Richter zur Beruhigung: nicht Stühle sind da zertrümmert worden, sondern alle etwa noch vorhandenen Illusionen darüber, daß der Kampf anders geführt werden kann als über den Weg der Zertrümmerung des reformistischen Einflusses. „Kampfbereit“ war die Losung unserer Maifeier, kampfbereit gegen alle Kräfte, die sich der Revolutionierung der Arbeiter-schaft entgegenstellen.

Köln

Zwei Eisenbahnunfälle. Die Kölner Reichsbahndirektion meldet vom Freitag, den 13. Mai, zwei Eisenbahnunfälle in ihrem Bezirk. Im Bahnhof Langenfeld/Rhld. entgleisten heute morgen in einer Weiche vier Wagen eines Bauzuges, die das Hauptgleis Köln-Düsseldorf sperrten. Es entstanden erhebliche Zugverspätungen. Einige D-Züge mußten umgeleitet werden. Personen kamen bei dem Unfall nicht zu Schaden. Freitag mittag entgleiste an der Strecke Grevenbroich-Neuß bei der Einfahrt in den Bahnhof Kapellen-Weyelinghoven ein Güterzug mit sechs Wagen.

Die weltliche Schulbewegung lehnt die nationalsozialistischen Erziehungsziele und Praktiken mit Abacheu ab. Sie proklamiert auf neue ihre positiven Ideale: weltliche Erziehung innerhalb des Staates mit der Zielrichtung auf die Internationalität sozialistischer und wissenschaftlicher Arbeit, Befähigung der Jugend, klar zu denken und zu handeln, um Wegbereiter des „sozialen Garantismus“ zum Besten der ganzen Menschheit zu werden.

Alle Diskussionsredner gaben dem Ernst der Stunde Ausdruck und ergänzten die Ausführungen insbesondere nach der praktischen Seite hin. So wurde hervorgehoben, daß Teile des deutschen Lehrervereins sich dem Kampf gegen die weltliche Schule angeschlossen haben, daß das Verbot der internationalen proletarischen Freidenker in Deutschland einen weiteren Schritt auf dem Wege der völligen Faschisierung des deutschen Kulturlebens bedeute. Die Anstellung disziplinärer Lehrer in Preußen, die zwar bei jeder Etatberatung von der preußischen Landtagsfraktion der SPD gefordert wurde, ist vom Zentrum verhindert worden. Dringendes Erfordernis ist namentlich: Aktivierung aller weltlichen Schulfreunde, fester Zusammenschluß der weltlichen Lehrer und Eltern ohne Unterschied zur Verteidigung der weltlichen Schule und die Gewinnung aller proletarischen Parteien für eine energische Unterstützung der weltlichen Schule.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit dem Lesestoff der weltlichen Schule, wofür der Vorsitzende der Literaturkommission, Lehrer Beine, berichtete. Im Herbst d. J. wird der B. d. F. S. eine Wanderausstellung aus weltlichen Schularbeiten veranstalten, zu der die Vorarbeiten in vollem Gange sind.

Der Sachschaden ist sehr groß, jedoch kamen glücklicherweise auch hier Personen nicht zu Schaden. Das Gleis Neuß-Grevenbroich war etwa sechs Stunden gesperrt, doch gelang es bald, den Betrieb eingeleist wieder einzurichten.

Bromerhaven

In der letzten Partei-Mitgliederversammlung wurden nach eingehender Diskussion drei Entschlüsse einstimmig angenommen. Die erste spricht sich für Prinzipienklärung und Aktionsprogramm aus und verurteilt die Erklärung Anna Siemens und Genossen auf dem Parteitag. Die zweite wendet sich gegen die „Generallinie“, und die dritte hat folgenden Wortlaut: „Die am 9. Mai 1932 versammelte Mitgliedschaft erhebt schärfsten Protest gegen die neueste Notverordnung, die zur Auflösung der proletarischen Freidenkerbewegung führte. Die Mitglieder sind der Auffassung, daß der nächste Schritt zur Auflösung des Freidenkerverbandes (SPD) führen wird und darüber hinaus zu dem anderer proletarischer Organisationen!“

Stralsund

Der Lohnraub im Baugewerbe — Ein unmöglicher Schiedsspruch. Unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestimmten Sonderschlichters, Professor Kramer, Breslau, fanden die Lohnverhandlungen für das Baugewerbe Pommern statt. Mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Facharbeiterstundenlohn in der Lohngruppe A um 13 Pf., B um 14 Pf., C um 12 Pf., D um 12 Pf., bei den Hilfsarbeitern in denselben Lohngruppen um 11, 12 und 10 Pf. senkt. Die Arbeitervertreter können vor solchen Instanzen die besten und gewichtigsten Gründe gegen einen Lohnabbau ins Feld führen, es nutzt ihnen nichts. Die Baugewerkschaft Stralsund hat diesen Schiedsspruch abgelehnt, weil dieser Lohnabbau in keiner Weise gerechtfertigt ist, da sämtliche Lebens- und Bedarfsartikel, Mieten, Steuern usw. nicht annähernd so gesenkt sind, wie die Bauarbeiterlöhne. Es ist auch ein Trugschluß zu glauben, daß durch diese Senkung der Löhne mehr Bauarbeit geschaffen wird. Diese Behauptung wurde in jeder Lohnverhandlung vom Arbeitgeberbund seit mehreren Jahren aufgestellt, erwiesen ist aber, daß die Arbeitervertreter Recht behalten haben. Die Arbeitgeber haben auch bei dieser Verhandlung ihre Nächstenliebe dadurch bekundet, daß sie 25 Pf. Lohnabbau pro Stunde forderten. Damit nicht genug, forderten sie, daß die Putzer- und Trägerzulagen für die Provinz aufgehoben werden sollten. Auch stellten sie Anträge auf Zurückstufung einer ganzen Anzahl Lohngebiete in eine niedrigere Lohnklasse. Die Badeortzulage für Kolberg und Swinemünde sollte ebenfalls verschwinden. Alle diese Anträge wurden von dem Sonderschlichter abgelehnt, es bleibt somit bei den Bestimmungen des Bezirkstarifvertrages. Die Erklärungsfrist der Parteien zum Schiedsspruch läuft bis zum 9. Mai; wird er angenommen, gilt er vom 1. Mai d. J. ab.

Rund um die KPD. Die augenblicklichen Vorgänge in der KPD erfordern für alle klassenbewußten Arbeiter die allergrößte Aufmerksamkeit. Der innere Zersetzungsprozeß nimmt sehr unangenehme Formen an. Ausschüsse und freiwillige Austritte von Funktionären und anderen Genossen sind im Gange, ohne daß diese die notwendigen Konsequenzen aufbringen und sich zur energischen Abwehrarbeit sammeln. Aber der notwendige Klärungsprozeß muß erst durchgeführt sein. Es

wird einmal wieder um die richtige Linie gekämpft. Der langjährige hiesige Führer der KPD, Gen. Harder, mußte unfreiwillig ins Gefängnis gehen. Er soll seit einem Jahre eine ihm aufgeknackte Strafe absitzen und konnte sich bisher davon drücken. Nun sind auch mit ihm Differenzen eingetreten, und man hatte seinen Ausschuß bereits vorbereitet. Täglich wurde dieser erwartet, aber es kam anders, als angenommen wurde. Harder hatte beabsichtigt, nach seinem Ausschuß den Leninbund aufzulösen und hatte bereits Anträge dafür gefunden. Plötzlich kam die Polizei und verhaftete ihn. KPD-Genossen erzählten öffentlich, daß hier anscheinend besondere Zusammenhänge bestehen. Sollte man Harder wegen seiner Absicht nun „verpfliffen“ haben?

Tribsee

Urteil im Landfriedensbruchprozeß. Wegen der Vorgänge am 13. März hatten sich wieder 16 Angeeschuldigte, die zum größten Teil der KPD angehören, vor dem erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Nur zwei wurden freigesprochen. Die anderen erhielten zusammen wieder hohe Gefängnisstrafen, und zwar zusammen 78 Monate.

Deltzsch

Kurse Stadtverordnetenversammlung. Am Dienstag traten die Stadtveräter zu einer kurzen Sitzung zusammen. Anstelle des verstorbenen Stadtverordneten Schlickerling (Hürgerlicher) wurde als neuer Stadtverordneter der Elektromeister Wehber eingeführt. Der Erste Bürgermeister berichtete wieder einmal über die Aufnahme der Anteile zur endlichen Finanzierung des Baus in der Bitterfelder Straße, der schon fast ein Jahr fertig ist. Ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von 20.000 RM. wird verlängert, da der Magistrat zur Zeit nicht in der Lage ist, es zurückzuzahlen. Dem Verkauf von Bauland an der Damaskenstraße wurde zugestimmt gegen die Bürgerlichen, die einen höheren Preis verlangten. Es handelt sich um Milchhändler Erich Mülller, der dem Handelschutz nicht angehört, dafür aber verschiedenen proletarischen Organisationen. Deshalb auch die Haltung der bürgerlichen Interessenpolitiker. Der Errichtung von Kleingärten wurden nach der Magistratsvorlage zugestimmt. Eine größere Debatte entspann sich wiederum um den Wasserwerkstat, vor allem um die Senkung des Wasserpreises. Trotzdem der Dezernent versuchte, die Senkung der Gebühren zu verhindern, beschloß die Versammlung mit den Stimmen der SAP, KPO, KPD und Wirtschaftsfraktion gegen Beamte und SPD die Senkung der Gebühren auf 110 Prozent der Grundvermögensteuer. Gegen die Stimmen der SPD wurde der Verlängerung des Vertrages mit dem Ganwerk zugestimmt. Die Fernheizung, von unserer Fraktion zur Bedingung gemacht, wird eingeführt. Dem Sparkassenvorstand wurde für die Jahresrechnung Entlastung erteilt. Weiter kamen noch einige Dringlichkeitsanträge zur Behandlung. Für die Spielautomatensteuer war in der letzten Sitzung ein Satz von 100 RM. monatlich festgesetzt worden. Nach längerer Debatte wurde der Satz auf 50 RM. ermäßigt. Dafür stimmten Beamte und Wirtschaftler; die SPD, SAP, KPO und KPD stimmten für Belohnung der 100 RM., damit diese Automaten recht schnell verschwinden sollen. Einem Antrag der Beamten, der die Badepreise senken will, wurde die Dringlichkeit versagt. Ebenso ging es einem Antrag der Erwerbslosen. Dabei zeigte sich die SPD-Fraktion wieder einmal als Vertreterin gegen die Interessen der Erwerbslosen, indem sie dagegen stimmte.

Ein neuer Prozeß gegen Arbeiter. Vor etwa einem halben Jahr weigerte sich ein großer Teil der Wohlfahrtsverbände von Deltzsch, die gekürzten Unterstützungssätze entgegenzunehmen. Sie sammelten sich im Hof des Rathauses und waren dabei unerhörten Provokationen der Nazis ausgesetzt. Daß diese dabei den Kürzeren zogen, hat jetzt die Klassenjustiz zum Anlaß genommen, um gegen 20 Wohlfahrtsverbände einen neuen Landfriedensbruchprozeß in die Wege zu leiten. Die Arbeiterschaft muß sich mit allen Mitteln gegen diesen neuen Schandplan der Klassenjustiz zur Wehr setzen.

Norddeutscher Arbeitersport Fußball

Die Wirtschaftskrise hat ein Pfingstprogramm der Arbeitersportler, wie wir es in früheren Jahren gewohnt waren, verhindert. Nur wenigen Sportgenossen ist es möglich, eine Pfingstreise zu unternehmen und Spiele gegen auswärtige Brudervereine durchzuführen. Der Sportverein Ebnberg wird in Mecklenburg Hamburg gegen den dortigen Bruderverein gespielt und am 2. Tag in Grabow. Union fährt nach Kiel zur dortigen Nordabteilung. Bei Süd-Kiel ist Fortuna-Langelohs zu Gast. Friedriksort hat sich zwei Mannschaften vom BSV Böhlen-Leipzig verpflichtet. Im Kieler Bezirk weilen außerdem noch einige dänische Mannschaften zu Gast.
Hamburger Vorschau: Sonntag, 15. Mai: Stormania I—Holstein I, Gustav-Adolf-Straße, 16 Uhr; Wedel I—Frisch-Auf I, Wedel, 16 Uhr; Hansa I—Fortuna-Hamburg I, Kartellplatz, 16 Uhr; Glückstadt I—Vorswärts 93 I, Glückstadt, 16 Uhr; Neustadt I—Bramfeld I, Neustadt, 15.30 Uhr; Schenfeld—Prete I, Schenfeld, 17 Uhr; Lüneburg I—Letersen I, Lüneburg, 16 Uhr; Hamburg 93—Neuhof I, Borgweg, 16 Uhr; Langenhorn I gegen Treu I, Langenhorn, Timmerloh, 16.30 Uhr; Ahrensburg I—Einigkeit I, Ahrensburg, 17 Uhr; Oldesloe I gegen Rablstedt I, Oldesloe, 14.30 Uhr. — Montag, 16. Mai: Frisch-Auf I—Wedel I, Kartellplatz, 16 Uhr; ASV I—Konst I, Kreuzkirche, 16 Uhr; Askania I gegen Vorswärts 93 I, Itzehoe, 16 Uhr; Glückstadt I gegen Veddel I, Glückstadt, 16 Uhr; St. Pauli I—Fichte-Altona I, Sternschanze, 17 Uhr; Güldenstern I—Pinnenberg I, Stade, 16 Uhr; Hamburg 13 I—Völkendorf I, Kartellplatz, 14.30 Uhr.
Kielser Vorschau: Sonntag, 15. Mai: Schleswig I—Chang-Odense, Schleswig, 16 Uhr; Eintracht I gegen Frem-Odense, Rendsburg, 16 Uhr; Rassenport I gegen Arbeiter-Boldklubben-Borgese, Eckernförde, 16 Uhr; HSV Kiel I—Asteria-Hamburg, Flön, 16 Uhr; Einigkeit I gegen Uetersen I, Gadeland, 16 Uhr; Süd-Kiel I—Fortuna-Langelohs I, Moorlechwiese, 16 Uhr; Nord I gegen Union 08-Hamburg, Holtense, 16 Uhr. — Montag, 16. Mai: Süd-Kiel I—Union 08-Hamburg, Moorlechwiese, 16 Uhr; Nord I—Fortuna-Langelohs I, Holtense, 16 Uhr; Ost I—Frem-Odense, Blaschkeplatz, 16 Uhr; Friedriksort I—BSV Böhlen-Leipzig I, Friedriksort, 14.30 Uhr; Rassenport I—Arbeiter-Boldklubben, Schleswig, 16 Uhr; Hansa I—Minerva I, Prot.-Petere-Platz, 16.30 Uhr.

Tribüne der SAZ

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmen oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die professedliche Verantwortung.

Nur keine Illusionen!

Zur Frage der Arbeitsbeschaffung

Das Problem der Arbeitsbeschaffung ist in der Sonntag-Ausgabe der SAZ vom 8. Mai 1932 in einer Weise dargestellt worden, daß es notwendig erscheint, den dort geäußerten Gedankengängen entgegenzutreten.

Die Frage der Besitzabgabe ist theoretisch durchaus richtig gestellt, stößt aber bei ihrer Verwirklichung gegenwärtig auf nicht unerhebliche Widerstände. Zunächst scheidet der großgrundbesitzende Besitz von vornherein aus, weil bei einer Verstaatlichung der Betriebe zugunsten der Steuerbekanntlich Gebote überhaupt nicht mehr erfolgen. Sodann bestände eine Besitzabgabe des Effektenkapitals in Ablieferung nahezu wertlos gewordener Aktien, wodurch das Reich nur Groß-Aktionär fauler Unternehmen würde, nicht aber in den Besitz flüssiger Mittel käme. Denn ein Absatz dieser Effekten an der Börse dürfte bei genereller Besitzabgabe durch völligen Ausfall einer Nachfrage auch zu niedrigsten Kursen ausgeschlossen sein.

Daß die geplante Prämienleihe ein glatter Fehlschlag wird, ist nicht schwer voranzusagen. Die kleinen Sparers zahlen sowieso keine Vermögenssteuer und haben daher keinen Anlaß, ihre Sparguthaben in Anleihen umzuwandeln. Und das Großkapital hat nur dann ein Interesse daran, wenn es seine Effektenbestände zu möglichst hohen Kursen loswürde. Voraussetzungen für eine Börsen-Hausse zu schaffen, sollte uns aber nicht tangieren. Und so kann die Anleihe nicht im entferntesten das erbringen, was man im Regierungslager sich anscheinend verspricht.

Zum zweiten: stillgelegte Betriebe wieder in Gang setzen. Legt das Monopolkapital die technisch vollkommensten und rentabelsten Werke still? Das hieße doch Selbstmord des Kapitals durch künstliche Profitbeschränkung! Oder werden nicht die Stilllegungen durch die Unrentabilität allein oder die technische Rückständigkeit bestimmt? Man sollte Thesen wie die der Übernahme stillgelegter Betriebe durch die Arbeiterschaft im kapitalistischen System nicht aufstellen, ohne sich über das Problem des Beschäftigungsgrades und der Kostengestaltung, das im Sozialismus genau so zu stellen ist, im Klaren zu sein.

Also, mit dieser Arbeitsbeschaffung ist es nichts. Weder als Kampfparole einer revolutionären Partei noch als Rettungsanker für die Erwerbslosen.

Ebenso falsch ist es, ein Problem der Kapitalbeschaffung schlechthin zu negieren, ohne sich mit dem Kreditmechanismus zu beschäftigen. Selbst in Zeiten, in denen der Reformismus an der Macht war und durch Notstandsarbeiten Arbeitsbeschaffung verwirklichte, war dieses Problem weit wichtiger und schwieriger, trotz günstigerer Konjunktur, als das in der SAZ vom Sonntag herausgestellte Problem der rentablen Kapitalverwendung. Wer sich auch nur etwas mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der letzten zehn Jahre beschäftigt hat, weiß, daß die privatkapitalistische Rentabilität bei den Notstandsarbeiten, den Landarbeiterledlungen usw. nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt hat, weil die Kommissare als Hauptträger dieser Arbeiten auftraten und für sie nicht der Profit, sondern die Entlastung des Wohlfahrtsatzes im Vordergrund stand. Straßenbauten, Anlage von Wasserleitungen in armen Gebirgsorten, vor allem in Sachsen, Beseitigung von Hochwassergefahren: sind das etwa Maßnahmen, die je das Kapital eines zu erwartenden Profits wegen gereizt haben? Und doch sind gerade und vorwiegend solche absolut unrentable Arbeiten durchgeführt worden!

Damit soll zur Grundsätzlichkeit der Arbeitsbeschaffungs-Ideologie im Kapitalismus noch garnichts gesagt sein. Zweifelloser ist die Arbeitsbeschaffung in der bisher stets geübten Form ein in sich widerspruchsvoller Notwehrakt des Kapitalismus: man legt Kapital auch in Zeiten guter Konjunktur unrentabel fest, um den Klassenkampf zu liquidieren, um die industrielle Reservearmee aktionsunfähig zu machen.

Das politische Ziel der Arbeitsbeschaffungspläne in der Krise ist stets die Überwindung der revolutionärer Lösung drängenden ökonomischen Schwierigkeiten auf evolutionärem, wirtschaftlichem Wege.

Die Arbeitsdienstpflicht ist nur eine Sonderform dieser Arbeitsbeschaffung.

Daß diese Auslegung nicht etwa ultralink ist, an den Haaren herbeigezogen, beweisen

Außerungen Woytinskys im letzten Heft des „Deutschen Volkswirt“ Nr. 82 vom 6. Mai. Er weist nämlich darauf hin, daß die Anhänger der Arbeitsbeschaffung „psychologische“ (was Woytinsky nicht alles „psychologisch“ nennt!) Erwägungen geltend machen: „Beruhigung der Volksmassen, Überwindung des Reduktionismus, Wiederherstellung des Vertrauens des Volkes zum Staat (II), Konsolidierung der Staatsmacht, Zunahme des Sicherheitsgefühls bei den Bürgern, Wiederaufstieg des Vertrauens des Auslands für die Zukunft des Reiches.“

Woytinsky ist bei diesen Erwägungen so wenig wohl, daß er sie wie alle sonstige psychologischen Argumente als „nebelhaft“ beiseite schieben möchte, ohne daß es ihm allerdings gelingt!

Eine revolutionäre Partei wird in Erkenntnis dieser Zusammenhänge daher nie ein positives Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Durchführung im kapitalistischen System aufstellen können, da es das revolutionäre Ziel im Kampf um seine Verwirklichung nicht bringen kann, sondern bei technischer Durchführbarkeit den kapitalistischen Ausweg aus der Krise, den zu leugnen durchaus unmarxistisch wäre, nur erleichtern würde. Das revolutionäre Proletariat hat sich daher darauf zu beschränken, das Kapital im Rahmen seiner Pläne zu zwingen, die zu Tariflöhnen zu bezahlenden Erwerbslosen nur zu solchen Maßnahmen anzusetzen, die unrentabel sind, die keinen Profit für das Kapital abwerfen, wohl aber für die Lebenshaltung der Massen Bedeutung gewinnen.

Die Feinde der Sowjetunion weisen gern darauf hin, wie wenig Orte Rußlands bisher eine Wasserleitung besitzen. Diese für den deutschen Großstädter selbstverständliche hygienische Einrichtung existiert aber in zahl-

losen kleinen ländlichen Gemeinden Deutschlands auch heute noch nicht: hier ist eine Aufgabe, die zu erfüllen man das Kapital zwingen muß. Und wie steht es mit der Kanalisation, den Abortverhältnissen? Nicht im mindesten besser. Das wäre die zweite Aufgabe, technisch mit der ersten zu vereinigen. Gerade in den ärmsten proletarischen Gegenden, im deutschen Mittelgebirge, richten die Hochwasser-Jahre für Jahr unendliche Schäden an: beseitigt durch Fluß- und Bach-Regulierungen die Hochwassergefahr, und ihr habt ein drittes Arbeitsgebiet! Es gibt noch eine ganze Reihe weiterer, nicht zuletzt die Siedlung.

Zwingt man das Kapital zu solcher Arbeitsbeschaffung, so gibt man im Hinblick auf den hochgradig arbeitsintensiven Charakter dieser Maßnahmen besonders viel, auch ungelerten und branchenfernen Arbeitslosen Brot, ohne daß diese Entlastung des Arbeitsmarktes konterrevolutionär wirke, ohne daß durch diese Arbeitsbeschaffung, die dem Kapital am unwillkommensten ist, der kapitalistische Ausweg aus der Krise erleichtert oder auch nur im geringsten vorbereitet und ermöglicht wird. Gleichstellung des Notstandsarbeiters mit dem tarifmäßig entlohnten Betriebsarbeiter, Verbot aller privatwirtschaftlich rentablen Maßnahmen, Finanzierung durch Heranziehung der vorläufig in genügender Anzahl an den Banken, die einen 2-Milliarden-Kredit auf zehn Jahre geben, ihn aber in zehn Jahresraten anstelle einer Rückzahlung abschreiben müssen, das sind die Wegweiser für unsere Arbeit! Raffael.

Die Zuschrift geht von einer Reihe von Irrtümern aus, deren Richtigstellung ein ausführlicheres Eingehen erfordert. Die Redaktion ist umso mehr bereit, sich dieser Arbeit zu unterziehen, als ähnliche Fragen wie die hier aufgeworfenen sicher viele Leser beschäftigen und sich ihr somit eine willkommene Gelegenheit zur Klarstellung noch sehr verworrenen Vorstellungen über das Arbeitsbeschaffungsproblem im Kapitalismus und seine Bedeutung im Klassenkampf der Arbeiterschaft bietet.

hätte zu heiden müssen: KPD-Mitglieder), erfolgen kann durch Einzelübertritte von KPD-Mitgliedern oder Gruppen zur KPD, sondern nur durch die geschlossene Wiederaufnahme der kommunistischen Opposition.“ So oder so: es wird sich damit nicht viel ändern im derzeit ultralinken Gesicht der kommunistischen Partei und noch weniger in der revolutionären Bewegung.

Selbstkritik

Die Ortsgruppe Delitzsch der SAP nahm in einer Mitglieder-versammlung nach längerer Aussprache folgende Resolution einstimmig an:

Der Wahlausgang am 24. April hat der deutschen Arbeiterklasse einen Niederlage gebracht. Die Niederlage ist das Resultat der verwerflichen Politik der KPD- und SPD-Parteiführung.

Die SAP, die bei diesen Länderwahlen nicht ganz 100.000 Stimmen erhielt, ist verpflichtet, aus dem vorliegenden Resultat die richtigen Lehren zu ziehen. Die organisatorische und finanzielle Schwäche unserer Partei, die komplizierte Konstellation bei der Präsidentschaftswahl, die die SAP verpflichtete, kurz vor den Landtagswahlen für die Kandidatur Thälmanns einzutreten, sind nicht die entscheidenden Ursachen für die Wahlniederlage unserer Partei. Überall dort, wo die Partei über starke organisatorische Stützpunkte verfügte, hat sie dennoch keine relativ besseren Wahlergebnisse erzielt als in solchen Gegenden, wo wir nur schwache Organisationen haben. Die finanziellen und organisatorischen Mängel sind deshalb auch nur zu einem ganz geringen Teil schuld an dem vorliegenden Wahlergebnis. Diese Mängel dürfen deshalb auch nur als Nebenursachen für den Mißerfolg gewertet werden.

Die entscheidende Ursache, weshalb die SAP bei den Länderwahlen keinen Erfolg erzielte, besteht darin, daß die sozialdemokratische und kommunistisch orientierte Arbeiterschaft jede dritte Arbeiterpartei — auch dann, wenn sie deren Kritik an dem falschen Kurs der SPD und KPD billigt — als ein Symptom der weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung bewertet und ablehnt. Diese Tatsache findet ihren überzeugenden Ausdruck darin, daß wir in den Wählerversammlungen vieler Orte die Zustimmung von Hunderten hatten, aber bei den Landtagswahlen nur einige wenige Stimmen erhielten. Große Teile der deutschen Arbeiterklasse erkennen zwar die Notwendigkeit einer konsequenten revolutionären Politik, sie setzen ihre Hoffnungen aber immer noch auf die großen Arbeiterparteien. Alle bisherigen Versuche der Neubildung einer Arbeiterpartei in Deutschland und ihr selbständiges Auftreten bei den Wahlen (Leninbund, KP-O usw.) scheiterten an dieser Einstellung und kamen über den Versuch nicht hinaus. Es hat keinen Sinn, dieser tief verwurzelten Anschauung gegenüber die Augen zu verschließen.

Die Wahlniederlage der Arbeiterklasse hat unsere Kritik an der Politik der SPD und KPD vollauf bestätigt.

Die politische Entwicklung in Deutschland läßt den Bankrott der sozialdemokratischen Politik immer offensichtlicher werden. Damit sind objektiv die günstigsten Voraussetzungen für die Schaffung einer kommunistischen Massenpartei gegeben. Wie der Wahlausgang zeigt, kann die Schaffung dieser kommunistischen Massenpartei nicht auf dem Wege der Überwindung und Liquidierung der heutigen KPD und dem Jahre in Anspruch nehmenden Aufbau einer eigenen revolutionären Massenpartei erreicht werden. In dieser Frage entscheidet nicht der Wunschnach, sondern das Urteil der Massen. Die Landtagswahlen am 24. April haben insofern auch eine Entscheidung über die zukünftige Rolle unserer Partei gebracht.

Die Rolle und Funktion der SAP muß darin bestehen, die scheinrevolutionäre Politik der KPD zu überwinden und dadurch die gemeinsame Basis für eine wirklich revolutionäre Partei zu schaffen.

Wir müssen aus der Erkenntnis, daß unsere Kritik an der pseudo-revolutionären Politik der KPD vollauf berechtigt ist, eine stärkere Wirksamkeit dieser Kritik erreichen. Dazu ist notwendig, alle Wendungsversuche der KPD genau zu beachten und die Politik der SAP darauf einzustellen. Der Parteivorstand hat die Pflicht, unmittelbar, nachdem das ZK der KPD seine Bereitschaftserklärung, mit allen Organisationen gemeinsam eine Einheitsfront bilden zu wollen, diesen Vorschlag konkret zu beantworten und ein antifaschistisches Kampfprogramm zu entwerfen, auf dessen Grundlage diese Einheitsfront hergestellt werden konnte. An die KPD mußte die Forderung gerichtet werden, wenn sie ihren Vorschlag ernst auf-fasse, vor sich aus eine gemeinsame Besprechung der Spitzen der SPD, des ADGB, der SAP und der übrigen Zentralinstanzen der entscheidenden Arbeiterorganisationen einzuberufen. Als Auftakt für diese Einheitsfront mußte von uns die

Einberufung eines antifaschistischen Kongresses durch ADGB, SPD, KPD und SAP

propagiert werden. Durch eine derartige konkrete Beantwortung des KPD-Angebots hätte die Parteiführung der KPD nicht die Möglichkeit gehabt, sich durch ein Wortbekanntnis für die Einheitsfront zu erklären, um sie praktisch zu verhindern.

Hier darf es keine Parteien mehr geben



„Was, ihr wollt nicht gegen Polen marschieren? Ich werde euch schon lehren, was nationale Zuverlässigkeit ist!“

Sektierererei der KPD

Sie haben Witz, und können ihn nicht halten, sie wissen vieles, was sie nicht verstehen.

Man muß sie sehen, wenn sie Haare spalten, es ist, um an den Wänden hochzugehen.

Kästner „Lärm in Spiegel“.

Die letzte Nummer der „Arbeiterpolitik“ beschäftigt sich in nicht weniger als sechs besonderen Notizen und Artikeln mit der SAP. Dazu noch einige Stiche im übrigen Teil. Welcher Aufmerksamkeit wir uns bei Brandlers erfassen, das zeigt auch, daß von den fünf Seiten politischem Text des Blattes rund eine Seite unserer Demolierung gewidmet ist: „Die SAP für Tolerierung von Braun und Severing“, „Die vierte Internationale“, „Rechtsturs — Die Generallinie der SAP“, „SAP-Proleten kommen zur KPD“, „Heynen, der Märchenerzähler“, „SAP und KPD verhindern oppositionelle Kandidaten in Zwickau“, „SAP geht mit der SPD-Bürokratie im Breslauer DMV“, „SAP-Arbeiter, wollt ihr das?“, „Sächsische SAP sabotiert Einheitsfront“, „Exkommunist Galm entwickelt sich“, „Thüringer SAP maßregelt linke Funktionäre“, „In Dresden stark auf dem Papier“ — das sind so nur die Überschriften der Sonderaufsätze, die sich mit der SAP beschäftigen. Wie man sieht, ein gewaltiger Eifer!

Wir sind offenbar der „Hauptfeind“ der KPD, aber fein gebildet, wie sie ist, verzichtet sie auf das linientreue Hetzwörterchen vom „linken Flügel des Sozialfaschismus“, sie sagt das gleiche in schlechtem Deutsch. In der Sache ist jedenfalls ihr Angriff gegen die SAP ein nichts vernünftiger, wie der der Bürokratie der offiziellen kommunistischen Partei. Es lohnt nicht, auf Einzelargumente einzugehen.

Bemerkenswert ist, daß die KPD auch in der vorliegenden Nummer der „Arbeiterpolitik“ einen Aufruf an die Komintern und die KPD erläßt, in dem sie diesmal schon ganz offen um ihre Wiederaufnahme bittet. Da sie gleichzeitig, um ihre wenigen noch vorhandenen Mitglieder nicht vorzeitig an die KP zu verlieren, in diesem Aufruf noch einen Teil ihrer (auch früher schon unzureichenden) Kritik gegen die KP wiederholt, so bietet der Aufruf ein wunderliches Gemisch von Anbiederung und Nörgerei. Bemerkenswert weiter, daß offenbar zahlreiche KPD-Mitglieder, das Unfruchtbare des Kampfes gegen die KP in der Nörgelposition der Gruppe einsehend, in die KPD zurückzugehen beginnen, da sie sich mit Recht sagen, wenn schon linientreu, dann schon in der großen KPD und nicht in ihrem winzigen Trabanten. Das kommt im Aufruf zum Ausdruck, wo davon gesprochen wird, daß die „Wiederherstellung der Einheit der Kommunisten“ nicht, „wie manche KPD-Mitglieder sich das vorstellen (uns dünkt, hier

Aus dem Arbeiter- und Bauernstaat

Die Wirtschaft der Sowjetunion im ersten Vierteljahr 1932

(Th.) Der unlängst veröffentlichte Bericht über die Konjunktur der Sowjetwirtschaft im ersten Quartal 1932 zeigt, daß in einigen Industriezweigen die Produktion im Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Jahres 1931 neuerdings gestiegen ist, aber die vorgesehenen Produktionspläne in den entscheidenden Zweigen der Schwerindustrie nicht erfüllt worden sind. Die Resultate der

Aufbauarbeit im ersten Vierteljahr 1932
sollen zunächst auf Grund offizieller Angaben betrachtet werden. Vorerst einige Vergleichszahlen für die Jahre 1930 und 1931 zur besseren Beurteilung der Entwicklungskurve: 1930: Kohle (in Mill. T.) 56,7 — Petroleum (in Mill. T.) 18,9 — Gußeisen (in Mill. T.) 5,3 — Stahl (in Mill. T.) 6,0 — Walzeisen (in Mill. T.) 4,9 — Elektroenergie (in Milliarden Kw) 8,8 — Zement (in Millionen Faß) 21,7;

1931 waren vorgesehen: Kohle 83,6 — Petroleum 25,6 — Gußeisen 8,0 — Stahl 8,8 — Walzeisen 6,7 — Elektroenergie 12,7 — Zement 35,0;

1932 wurde der Plan in folgender Höhe erfüllt: Kohle 57,6 (oder 67,9%) — Petroleum 22,3 (oder 87,1%) — Gußeisen 4,9 (oder 61,2%) — Stahl 5,3 (oder 60,2%) — Walzeisen 4,0 (oder 60,2%) — Elektroenergie 10,6 (oder 83,5%) — Zement 23,8 (oder 68,0%).

Wir sehen also die **Ungleichmäßigkeit der Produktion** und die Nichterfüllung der Pläne, insbesondere, was Eisen und Kohle anbetrifft.

1932 sollen jedoch viel höhere Produktionsmengen erreicht werden: Kohle 90,0 — Petroleum 28,0 — Gußeisen 9,0 — Stahl 9,5 — Walzeisen 6,7 — Elektroenergie 16,7.

Im ersten Quartal 1932 waren besonders die Monate Februar und März ungünstig. Infolgedessen verringerte sich die Kohlenförderung und die Eisen- und Stahlerzeugung gegenüber dem Plan, und zum Quartalschluß stand die sowjetrussische Wirtschaft wieder im Zeichen einer gespannten Kohlen- und Eisenbilanz.

Im Gegensatz zu den ersten Monaten des Jahres 1931 brachten die ersten drei Monate des laufenden Jahres einen starken Aufschwung der Kohlenförderung in allen Kohlenrevieren der Sowjetunion mit Ausnahme des Fernen Ostens. Im ersten Quartal 1931 wurden 12,9 Mill. Tonnen gefördert. Der Plan für das erste Quartal 1932 sah eine Produktion von 20,3 Mill. Tonnen vor. Tatsächlich wurden 17,2 Mill. Tonnen gewonnen, der Plan also nur zu 84,9 Proz. ausgeführt. Der Kohlenbedarf wurde im ersten Quartal 1932 nicht gedeckt und die Anforderungen der Betriebe mußten zum Teil aus den Reserven gedeckt werden. Viele Betriebe arbeiteten ohne jegliche Kohlenvorräte und waren auf die tägliche Zufuhr angewiesen. Der Bericht stellt die unzulängliche Arbeit des Kohlentransports fest. Der Plan sah die Gestaltung von 7100 Waggons täglich für den Kohlentransport aus dem Donezbecken vor. Die tatsächliche Gestaltung sank von 6339 Waggons im Januar auf 5860 Waggons im März. Der Plan wurde nur zu 81,5 Prozent erfüllt. Infolge der Transportschwierigkeiten vergrößerten sich die bei den Gruben angesammelten Reserven von 300 000 auf 670 000 Tonnen.

Die **Roheisenproduktion** im ersten Vierteljahr 1932 betrug 1 398 300 Tonnen und stieg sich um 27,5 Prozent gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931. Ungeachtet dieser Steigerung wurde der Plan nur zu 79,9 Prozent erfüllt, d. h. die Wirtschaft erhielt 352 000 Tonnen Roheisen weniger, als der Plan vorsah.

Die **Stahlerzeugung** machte im ersten Quartal 1 468 000 Tonnen aus gegenüber 1 264 000 Tonnen im ersten Quartal 1931. Der Plan sah jedoch 1 850 000 Tonnen vor und wurde somit zu 79,3 Prozent erfüllt. Die Unterproduktion betrug 382 000 Tonnen.

Die Produktion der Walzwerke stellte sich im ersten Quartal 1932 auf 1 143 900 Tonnen gegenüber 934 100 Tonnen im ersten Quartal 1931. Der Plan (1 318 000 Tonnen) wurde zu 84,8 Prozent erfüllt.

Der Bericht sieht die Hauptursache der Stagnation in der Eisenindustrie in der **unzulänglichen technischen Leitung**

der Betriebe. Die Produktion wurde vielfach ohne Rücksicht auf den Zustand der Anlagen forciert und die nötigen Reparaturen wurden vernachlässigt. Infolgedessen häuften sich die Beschädigungen der Oefen. Dazu kam die schlechte Zufuhr von Erz- und Brennstoffmaterial.

Im ersten Vierteljahr 1932 wurden in der Sowjetunion insgesamt 5 600 500 Tonnen Rohöl gewonnen. Der Plan sah 5 775 300 Tonnen vor und wurde zu 97 Proz. erfüllt.

Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1931 erhöhte sich die Produktion um 10,6 Proz. Der Plan für die Naphthaverarbeitung wurde zu 96,4 Proz. erfüllt. Im ganzen wurden 5 180 900 Tonnen Rohöl verarbeitet.

Die **Leichtindustrie** war im ersten Vierteljahr 1932 gezwungen, fast vollkommen auf den Rohstoffimport zu verzichten und mußte sich gänzlich auf die inländische Rohstoffbasis und auf die Verwendung von Ersatzstoffen und minderwertigen Rohstoffen umstellen. Der Bericht betont, daß auch unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten die Ergebnisse des ersten Vierteljahres 1932 als unbefriedigend bezeichnet werden müssen. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1931 steigerte sich die Produktion der Leichtindustrie nur um 10 Proz. und der Plan wurde nur zu 90 Proz. erfüllt.

In der **Bauindustrie** verzeichnet der Bericht eine bedeutende Steigerung der Bautätigkeit in der Industrie. Im ersten Quartal 1932 wurde um 70 Proz. mehr gebaut als im ersten Quartal des Jahres 1931. Jedoch wurde der Plan nur zu 14 Proz. erfüllt und die Hauptaufgabe der Bauindustrie: die Überwindung der Saisonschwierigkeiten nur zum Teil erreicht.

Im **Transportwesen** hat sich die Arbeit des Eisenbahntransports im Vergleich mit der krisenhaften Lage im ersten Quartal 1931 wesentlich gebessert. Dennoch wurde der vorgesehene Plan der Güterbeförderung nicht ganz erfüllt. 11 Millionen Tonnen Güter, deren Transport vorgesehen war, wurden nicht befördert. Besonders blieb die rechtzeitige Kohlenabfuhr aus dem Kusnetzbecken und der Petroleumtransport aus Grosny zurück. Auch die Zahl der Eisenbahnunfälle und Beschädigungen war noch immer sehr hoch. Die Transportkosten stellen sich pro Tonnen-Kilometer um 7,5 Proz. höher als im Plan vorgesehen und die finanzielle Lage der Eisenbahnen verschärfte sich besonders im Februar und März.

Die oben angeführten Zahlen sprechen eine eindringliche Sprache. Sie sagen, daß die zu hochgestellten Aufgaben, die ungenügende Berücksichtigung der realen Faktoren zu großen Schwierigkeiten führen, die Ungleichmäßigkeit des Aufbaus verursachen, ihn mit Rückschlägen bedrohen. Sie können nur auf dem Wege der wirklichen Heranziehung der Massen zur schaffenden Arbeit im Staate korrigiert werden.

Die

Aus einer ZdA-Versammlung

Am Dienstag, dem 3. Mai, referierte in der Werbebezirksversammlung Wedding des Zentralverbandes der Angestellten der Kollege Bernhard Göring über das Thema „Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise.“ Das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften. Den interessantesten Ausführungen konnte man entnehmen, daß es dem ZdA und AFA-Bund so langsam dämmert, daß mit der bedingungslosen Tolerierung der Notverordnungs politik, die sich nur zum Schaden der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder auswirkt, Schluß gemacht werden und im Interesse der gesamten marxistisch eingestellten Massen etwas geschehen muß. Notwendig ist selbstverständlich, daß mit jeder Art Tolerierung Schluß gemacht wird und daß die den Gewerkschaften angehörenden SPD-Abgeordneten das in die Tat umsetzen.

Als einen — allerdings völlig unzulänglichen — Versuch, endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, kann man den AFA-Plan werten. Der Plan unterscheidet sich insofern von dem des ADGB als seine Verfasser erkannt haben, daß Arbeitsbeschaffung allein nicht genügt, sondern ein „grundlegender Umbau der Wirtschaft im Sinne einer Planwirtschaft“ notwendig ist. Aber die hierzu vorgeschlagenen Maßnahmen bewegen sich im Rahmen des bürgerlichen Staates und sind daher nicht weniger illusionär als die des ADGB. Was auch dem AFA-Plan völlig fehlt, ist die Forderung der Enteignung stillgelegter Betriebe und ihre Ingangsetzung und Fortführung unter Leitung und Kontrolle der Arbeiter selbst. Ebenso fehlt beim AFA-Plan die Mobilisierung der Massen für den aktiven Kampf zur Durchsetzung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Die Mitglieder der AFA-Verbände müssen daher die Diskussion über den AFA-Plan benutzen, um in diesem Sinne zu wirken. Daß es an der erforderlichen Unterstützung breitester Kreise der Mitgliedschaft in den AFA-Verbänden für den wirk-

Fehlerquelle des ersten Fünfjahresplans liegt, abgesehen von der falschen, nachträglich untergehobenen theoretischen Begründung („Aufbau des Sozialismus in einem Lande“) in der überhöhten Aufgabenstellung, die keine Spanne zwischen Aufgabe und Erfüllung zuläßt, die die entstehenden Ungleichmäßigkeiten (Disproportionen) zwischen den einzelnen Zweigen der Industrie verursacht und vertieft und, wie auf dem Gebiete der Kollektivierung, zu übereilten, mechanischen Maßnahmen verleitet.

Die immer wieder entstehenden „Engpässe“ in den einzelnen Zweigen sowohl der Schwer- wie der Leichtindustrie, auf dem Gebiete des Transportwesens usw. widerlegen die kritiklose Behauptung von der absoluten Richtigkeit der nachträglich auf bürokratischem Wege erhöhten Wirtschaftspläne, und die Ueberbürokratisierung der Partei- und Staatsapparate unterdrückt die proletarische Kritik als den notwendigen ausgleichenden Faktor.

Die bisherigen Erfolge haben aber zweifellos trotz der gewaltigen Ueberlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft der Sowjetunion, gegenüber der anarchistischen Wirtschaft des Kapitalismus erwiesen. Der grandiose Aufbau in der Sowjetunion bedeutet die Schaffung der Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus. Bei jeder Betrachtung der Entwicklungswege des proletarischen Staates, bei jeder notwendigen Kritik an den Fehlern, muß dies mit aller Deutlichkeit immer wieder unterstrichen werden. Weder die üblichen Methoden der Abstempelung kritischer Stimmen aus dem Lager des revolutionären Proletariats als Äußerungen konterrevolutionärer Gesinnung, noch kritikloser Hurratriotismus oder Naivität darf die proletarische Pflicht, kritisch an alle Fragen heranzugehen, vernachlässigen lassen.

Abschließend muß gesagt werden: Die Wirtschaft der Sowjetunion befindet sich dank der Planmäßigkeit und Zielsicherheit, die nur im proletarischen Staat möglich sind, dank der Opferwilligkeit der Arbeiterklasse, die unter ungünstigen Bedingungen den sozialistischen Aufbau durchführt, im Aufstieg. Wenn in allen kapitalistischen Ländern die Produktion im Vergleich mit 1926 im Durchschnitt um 20 Prozent zurückgegangen ist, so ist die Sowjetunion der einzige Staat der Welt, der heute trotz Weltkrise, trotz Rückschlägen, einen sicheren Aufstieg aufweist. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Diktatur des Proletariats ermöglichen dem Arbeiterstaat, die Grundlagen für den Sozialismus zu schaffen.

lichen Kampf nicht fehlen würde, beweist am besten der Umstand, daß alle Versammlungsteilnehmer, auch die der KPD zuneigenden, den Ausführungen Görings mit großem Interesse folgten.

Einen anscheinend vorbereiteten Ausfall „auf die Freunde von der SAP, mit denen noch ein ernstes Wort zu reden sei“ bog der Referent auf einen Zwischenruf so weit ab, daß er die in der SAZ enthaltene sachliche Kritik des AFA-Planes als einen begrüßenswerten Schritt zu der bitter notwendigen Einigung des Proletariats bezeichnete.

In diesem Zusammenhange kann man der Versammlungsleitung den Vorwurf einseitiger Geschäftsführung nicht ersparen.

Wohin derartige Methoden führen, bewies die gegen einen Verbandskollegen verantwortungslos erhobene Verdächtigung, er sei noch nicht so lange organisiert, um mitreden zu können. In wenigen Worten konnte der Kollege feststellen, daß er nicht nur für die proletarischen Ideen gestritten, sondern auch für sie gelitten habe. Diese sehr peinliche Zurechtweisung war dem Kollegen Ewald sichtlich unangenehm.

Tarifvertrag im Kraftdroschekengewerbe

Zwischen Gesamtverband und der Arbeitsgemeinschaft Berliner Kraftdroschken-Verbände, in der die kleineren Droschkenunternehmer Berlins zusammengeschlossen sind, ist eine Verständigung über die Neugestaltung des Lohn- und Manteltarifvertrages, der zum 30. April gekündigt war, erzielt worden. Die Kraftfahrer in diesen Kleinbetrieben bleiben bis bisher mit 32 Prozent an der Bruttoeinnahme beteiligt; der Garantelohn wird von 4,25 auf 4,75 erhöht, aber nicht mehr täglich, sondern in vierzehntägigem Turnus verrechnet.

Der Manteltarif wurde bis Ende März 1933 verlängert, jedoch mit der Maßgabe, daß in diesem Jahr nicht 5 bis 12 Tage, sondern 4 bis 10 Tage Urlaub gewährt werden.

Gemeindearbeiter wehrt euch!

Zentrale Verhandlungen gescheitert

Die am 11. Mai in Eisenach stattgefundenen zentralen Verhandlungen über den Tarif der Gemeindearbeiter zwischen den Vertretern des kommunalen Arbeitgeberverbandes und des Gesamtverbandes sind gescheitert.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, das die finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden vom Reich zu einer Diktatur ausnützt, beharrte auf der bedingungslosen Durchführung seiner Anweisungen („Angleichung“ der Löhne an die der Staatsarbeiter, d. h. Abbau bis zu 30 Prozent.) Darüber hinaus verlangten die Vertreter der Gemeinden noch weitere Lohnverschlechterungen.

Ein gefährliches „Entgegenkommen“ zeigten die Verbandsvertreter, indem sie vorschlugen, daß der durch Kurzarbeit verringerte Verdienst der Gemeindearbeiter als Ausgleich gegenüber den Löhnen der Staatsarbeiter angesehen werde. Das bedeutet die Akzeptierung des Lohnraubes für die Vollarbeiter. Die Gemeinden würden in diesem Fall schnell Massenentlassungen vornehmen und für den Rest die Vollarbeit mit verkürztem Lohn einführen.

Aber trotz dieses „Entgegenkommens“ scheiterten die zentralen Verhandlungen. Jetzt soll in den 26 Lohnbezirken einzeln verhandelt werden. Das ist eine planmäßige Zersplitterung, durch die die Gemeindearbeiter einzeln und nacheinander zum Lohnabbau gezwungen werden sollen. Das müssen die Gemeindearbeiter mit allen Mitteln verhindern und den einheitlichen Abwehrkampf im ganzen Reich erzwingen.

Bisheriger Lohn oder Streik!

Ultimativ stellten die Berliner Steinsetzer in ihrer Versammlung am Freitagabend durch Beschluß die Forderung, daß im Laufe des Sonntags die Steinsetzerunternehmer sich erklären müssen, ob sie die alten Löhne weiterzahlen wollen. Wenn nicht, wenn die Unternehmer den skandalösen Abbauschiedsspruch durchführen wollen, wird sofort der Streik durchgeführt.

So müßte die gesamte Arbeiterklasse auf die Lohnräuberei antworten.

Buchdrucker! Was geht da vor?

Die Tel.-Union verbreitet in ihrer gestrigen Abendausgabe folgende Meldung:

Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: „Der seit dem 30. April bestehende tariflose Zustand im Buchdruckgewerbe ist am 14. Mai durch Schaffung neuer Tarifbedingungen im Wege der Vereinbarung mit den Gehilfenverbänden beigelegt worden.“

Stimmt diese Meldung — und daran kann wohl kaum gezweifelt werden — dann würde das bedeuten, daß die Vertreter des Buchdrucker-Verbandes, ohne die Mitgliedschaft zu befragen, endgültig eine neue Tarifvereinbarung abgeschlossen haben, die unter diesen Umständen nur ein faules Kompromiß mit allerlei Tarifverschlechterungen sein kann. Höchst verdächtig ist schon, daß die Meldung des Buchdrucker-Vereins kein Wort über den Inhalt der Vereinbarung enthält.

Streikabbruch in Danzig

TU Danzig, 14. Mai 1932.

Der politische Streik der Danziger Schriftsetzer bei den bürgerlichen Zeitungen, der am Donnerstag wegen des Verbotes der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ einsetzte, ist am Freitag abgebrochen worden. Die Arbeit ist am Freitag früh wieder in vollem Umfange aufgenommen worden, nachdem die Verleger den Arbeitnehmern schriftlich mitgeteilt hatten, daß die Fortsetzung des wilden Streiks einen Bruch bzw. eine einseitige Lösung des Tarifvertrages bedeuten würde. Ueber eine eventuelle Abkürzung der Verbotsdauer für die „Danziger Volksstimme“ wird zwischen den politischen Parteien und der Danziger Regierung am Freitag weiter verhandelt werden.

Der schnelle Abbruch dieses Streiks zeigt erstens, daß der politische Kampfwille der Buchdrucker zwar sehr schnell und hoch aufblühte, aber einer Belastungsprobe noch nicht stand hielt. Zum anderen aber beweist es, daß die sozialdemokratische Verbandsbürokratie nicht nur versagt bei der Verteidigung der materiellen Interessen der breiten Arbeitermassen, sondern auch zu feige ist, für die äußerst bedrohte Existenz ihrer eigenen Partei den Kampf zu führen. Hinter dem faulen Argument der „Tarifpflicht“ hat sie jämmerlich vor dem Faschismus kapituliert.

Hamburger Hafentarif verlängert. Die vom Hafenbetriebsverein mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Rahmentarifverträge sind mit einigen Abänderungen bis zum 30. September 1933 verlängert worden.